Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2544**

15. Wahlperiode 18. 02. 2004

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu der in Rom am 17. November 1997 angenommenen Fassung des Internationalen Pflanzenschutzübereinkommens

A. Problem und Ziel

Zielsetzung ist die Inkraftsetzung der 1997 im Rahmen der 29. Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) angenommenen Fassung des Internationalen Pflanzenschutzübereinkommens (IPPC), die der normativen Umsetzung bedarf.

Das IPPC dient zur Vereinheitlichung international anerkannter Grundsätze zum Schutz der Gesundheit von Pflanzen, Menschen und Tieren sowie der Umwelt und trägt der Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse insbesondere zur Verhinderung ihrer Einschleppung in gefährdete Gebiete Rechnung. Es trägt dazu bei, einen Rahmen für die Entwicklung und Anwendung harmonisierter pflanzengesundheitlicher Maßnahmen sowie für die Ausarbeitung diesbezüglicher internationaler phytosanitärer Standards zu schaffen und wurde verabschiedet in Anerkennung der Tatsache, dass pflanzengesundheitliche Maßnahmen fachlich gerechtfertigt und transparent sein sollen und nicht so anzuwenden sind, dass sie ein Mittel zur willkürlichen oder ungerechtfertigten Diskriminierung oder eine verschleierte Beschränkung insbesondere des internationalen Handels darstellen.

B. Lösung

Das geplante Vertragsgesetz bezweckt, die Voraussetzung nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für eine Ratifikation des Internationalen Pflanzenschutzübereinkommens (IPPC) zu schaffen.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufgaben

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes grundsätzlich nicht mit zusätzlichen Kosten belastet.

Lediglich aufgrund der Errichtung einer Kommission für pflanzengesundheitliche Maßnahmen im Rahmen der FAO können zur Finanzierung dieser Kommission geringfügige Kosten entstehen, die über den Haushalt der FAO abgedeckt werden.

2. Vollzugsaufwand

Der Gesetzentwurf verursacht Mehrausgaben durch Ausweitung der behördlichen Tätigkeit beim Bund. Sie ergeben sich aus der Verpflichtung zur Durchführung von Risikoanalysen für Schadorganismen für Pflanzen, die im Rahmen des revidierten IPPC verbindlich als Aufgabe der nationalen Pflanzenschutzdienste verankert worden ist, sowie aus der Mitarbeit bei der Entwicklung und aus der fachlichen Bewertung von internationalen Standards nach Artikel X des Abkommens sowie im Hinblick auf die Bewertung von Einfuhrvorschriften von Drittländern. Die Verpflichtung zur Durchführung von Risikobewertungen als Grundlage pflanzengesundheitlicher Regelungen ergibt sich bereits aus dem Übereinkommen über die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen (SPS-Übereinkommen). Internationale Standards, die im Rahmen des IPPC erlassen werden, spezifizieren teilweise sehr weitgehend die Anforderungen, die an Risikoanalysen gestellt werden. Pflanzengesundheitliche Maßnahmen einschließlich phytosanitärer Regelungen sind zukünftig auf der Grundlage von Daten und Bewertungsverfahren fachlich zu rechtfertigen, wobei hinsichtlich Quantität und Qualität neue Anforderungen gestellt werden.

Bei der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft entsteht dadurch ein Personalbedarf von zwei Stellen/Planstellen des höheren Dienstes. Die Mehrausgaben hierfür betragen zunächst jährlich 130 000 Euro. Hinzu kommen Sachausgaben in Höhe von 10 000 Euro jährlich. Der Mehrbedarf an Stellen/Planstellen und die Mehrausgaben werden durch Umschichtungen in Kapitel 1010 einschließlich der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft erbracht. Von den Bundesländern hat lediglich Bayern über zusätzliche Kosten berichtet. Diese wurden auf ca. 67 000 Euro für Personalkosten und 10 000 Euro für zusätzliche Sachkosten jährlich beziffert.

E. Sonstige Kosten

Für die Wirtschaftsbeteiligten entstehen keine zusätzlichen Kosten.

Auswirkungen dieses Gesetzes auf die Systeme der sozialen Sicherung sowie auf die Löhne bestehen nicht.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, den 18. Februar 2004

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Wolfgang Thierse
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu der in Rom am 17. November 1997 angenommenen Fassung des Internationalen Pflanzenschutzübereinkommens

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft.

Der Bundesrat hat in seiner 796. Sitzung am 13. Februar 2004 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Schröder

Entwurf

Gesetz zu der in Rom am 17. November 1997 angenommenen Fassung des Internationalen Pflanzenschutzübereinkommens

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Der in Rom am 17. November 1997 von der Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen angenommenen Fassung des Internationalen Pflanzenschutzübereinkommens vom 6. Dezember 1951, revidiert in Rom am 28. November 1979 (BGBl. 1985 II S. 982), wird zugestimmt. Das Übereinkommen in seiner Neufassung wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

Das Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates

1. Änderungen der Anlagen zu diesem Übereinkommen nach seinem Artikel XXI Abs. 6

sowie durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates

2. Änderungen des Übereinkommens nach seinem Artikel XXI Abs. 4,
3. Änderungen zu Artikel II und zu Artikel IV Abs. 2 des Übereinkommens nach seinem Artikel XXI Abs. 5,

die sich im Rahmen der Ziele des Übereinkommens halten, in Kraft zu setzen sowie

4. die Anwendung des Übereinkommens gemäß seinem Artikel I Abs. 4 auszudehnen.

Artikel 3

Änderung des Pflanzenschutzgesetzes

Das Pflanzenschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Mai 1998 (BGBl. I S. 971, 1527, 3512), zuletzt geändert durch Artikel 4 § 1 des Gesetzes vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3082), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:
   a) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

      „Pflanzen: lebende Pflanzen und lebende Teile von Pflanzen einschließlich der Früchte und Samen;“.

   b) Nummer 4 wird wie folgt gefasst:

      „Pflanzenerzeugnisse: Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs, die nicht oder nur durch einfache Verfahren, wie Trocknen oder Zerkleinern, be- oder verarbeitet worden sind, ausgenommen verarbeitetes Holz;“.

   c) In Nummer 9 werden

      aa) in Buchstabe a und b jeweils vor dem Wort „Pflanzenerzeugnisse“ die Worte „lebende Teile von Pflanzen und“ sowie

bb) in Buchstabe d vor dem Wort „Pflanzenerzeugnissen“ die Worte „lebende Teile von Pflanzen und“

eingefügt.

2. Dem § 33 Abs. 4 wird folgender Satz angefügt:

„Sie macht die nach Artikel X des Internationalen Pflanzenschutzübereinkommens verabschiedeten Standards bekannt.“

Artikel 4

Änderung der Pflanzenbeschauverordnung

Die Pflanzenbeschauverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. April 2000 (BGBl. I S. 337), zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. Juni 2003 (BGBl. I S. 799), wird wie folgt geändert:

1. In § 11 werden jeweils in den Sätzen 1 und 3 vor dem Wort „Pflanzenerzeugnisse“ die Worte „lebende Teile von Pflanzen und“ eingefügt.
2. In § 13f Abs.1 wird die Angabe „die in Anlage 4 Teil II Buchstabe B Nr. 2.1.1 Spalte 1 und Buchstabe C Nr. 2.2 Spalte 1 aufgeführten Pflanzenerzeugnisse“ durch die Angabe „die in Anlage 4 Teil II Buchstabe B Nr. 2.1.1 Spalte 1 und Buchstabe C Nr. 2.2 Spalte 1 aufgeführten lebenden Teile von Pflanzen“ ersetzt.
3. In § 13j Abs. 1 Satz 1 wird das Wort „Pflanzenerzeugnisse“ jeweils durch die Worte „lebende Teile von Pflanzen“ ersetzt.
4. In § 13k Abs. 1 Satz 1 und in § 13m Abs. 1 wird jeweils nach dem Wort „ausgenommen“ das Wort „Pflanzenerzeugnisse“ durch die Worte „lebende Teile von Pflanzen“ ersetzt.
5. In Anlage 2 Abschnitt B und Anlage 3 Abschnitt B werden jeweils in der Überschrift vor dem Wort „Pflanzenerzeugnisse“ die Worte „lebende Teile von Pflanzen und“ eingefügt.
6. In Anlage 4 Teil I Abschnitt B, C, D und E und in Anlage 4 Teil II Abschnitt B, C und E werden jeweils in Nummer 2 vor dem Wort „Pflanzenerzeugnisse“ die Worte „lebende Teile von Pflanzen und“ eingefügt.
7. In Anlage 5 Teil I Abschnitt B und Teil II Abschnitt B werden jeweils vor dem Wort „Pflanzenerzeugnisse“ ein Komma und die Worte „lebende Teile von Pflanzen“ eingefügt.
8. In Anlage 6 Teil II Abschnitt B und Teil III Abschnitt B werden jeweils in der Überschrift und jeweils in Nummer 2 vor dem Wort „Pflanzenerzeugnisse“ die Worte „lebende Teile von Pflanzen und“ eingefügt.
9. In Anlage 6 Teil IV Abschnitt A, B, C und D werden jeweils in Nummer 2 vor dem Wort „Pflanzenerzeugnisse“ die Worte „lebende Teile von Pflanzen und“ eingefügt.
10. In Anlage 7 werden in der Überschrift vor dem Wort „Pflanzenerzeugnisse“ die Worte „lebende Teile von Pflanzen und“ eingefügt.

Artikel 5

Die auf Artikel 4 beruhenden Teile der Pflanzenbeschauverordnung können auf Grund der Ermächtigung des Pflanzenschutzgesetzes durch Rechtsverordnung geändert werden.

Artikel 6

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen in seiner Neufassung nach Artikel XIII Abs. 4 Satz 2 der Fassung des Übereinkommens vom 28. November 1979 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen in der Neufassung findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf die Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da das Gesetz in Verbindung mit dem Übereinkommen Vorschriften enthält, die das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden regeln.

Zu Artikel 2

Die Verordnungsermächtigung ist vorgesehen, um im Falle der unter den Nummern 1 bis 4 aufgeführten Änderungen des Abkommens das Verfahren der Umsetzung zu vereinfachen. Bei diesen Änderungen handelt es sich um Bereiche des Abkommens, bei denen Änderungen zwar neue Verpflichtungen mit sich bringen können, die aber die wesentlichen Strukturelemente des Abkommens unberührt lassen.

Zu Artikel 3

Die Definition des Abkommens zu den Begriffen „Pflanzen“ und „Pflanzenerzeugnisse“ weicht von der bisherigen Definition des Pflanzenschutzgesetzes ab. Zur Ausführung dieser völkerrechtlichen Vertragsbestimmungen ist daher das Pflanzenschutzgesetz (PflSchG – BGBl. 1998 I S. 971, 1527, 3512) an die nunmehr international üblichen Definitionen für „Pflanzen“ und „Pflanzenerzeugnisse“ anzupassen. Außerdem wird § 33 Abs. 4 PflSchG dahingehend ergänzt, dass es zu den Aufgaben der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft im Bereich der Pflanzengesundheit gehört, die nach dem Internationalen Pflanzenschutzübereinkommen (IPPC) beschlossenen Standards bekannt zu machen. Damit soll es betroffenen Bürgern und Unternehmen erleichtert werden, die für sie relevanten Standards in Erfahrung zu bringen.

Zu Artikel 4

Aufgrund der Definitionsänderung in Artikel 4 ergeben sich notwendige Folgeänderungen für die Pflanzenbeschauverordnung.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel enthält die notwendige Ermächtigung, dass künftige Änderungen dieser Regeln der Pflanzenbeschauverordnung auf der Grundlage des Pflanzenschutzgesetzes erfolgen können.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem die Neufassung des Übereinkommens nach Artikel XIII Abs. 4 Satz 2 der bisherigen Fassung des Übereinkommens vom 28. November 1979 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Internationales Pflanzenschutzübereinkommen (von der FAO-Konferenz während ihrer 29. Sitzung im November 1997 angenommene neue überarbeitete Fassung)

International Plant Protection Convention (New Revised Text approved by the FAO Conference at its 29th Session – November 1997)

Convention internationale pour la protection des végétaux (Nouveau texte révisé tel qu'approuvé par la Conférence de la FAO au cours de sa 29ème session – novembre 1997)

(Übersetzung)

Preamble

The contracting parties,

– recognizing the necessity for international cooperation in controlling pests of plants and plant products and in preventing their international spread, and especially their introduction into endangered areas;

– recognizing that phytosanitary measures should be technically justified, transparent and should not be applied in such a way as to constitute either a means of arbitrary or unjustified discrimination or a disguised restriction, particularly on international trade;

– desiring to ensure close coordination of measures directed to these ends;

– desiring to provide a framework for the development and application of harmonized phytosanitary measures and the elaboration of international standards to that effect;

– taking into account internationally approved principles governing the protection of plant, human and animal health, and the environment; and

– noting the agreements concluded as a result of the Uruguay Round of Multilateral Trade Negotiations, including the Agreement on the Application of Sanitary and Phytosanitary Measures;

have agreed as follows:

Article I

Purpose and responsibility

1. With the purpose of securing common and effective action to prevent the spread and introduction of pests of plants and plant products, and to promote appro-

Préambule

Les parties contractantes,

– reconnaissant la nécessité d'une coopération internationale en matière de lutte contre les organismes nuisibles aux végétaux et aux produits végétaux, et afin de prévenir leur dissémination internationale et spécialement leur introduction dans des zones menacées;

– reconnaissant que les mesures phytosanitaires devraient être techniquement justifiées et transparentes et ne devraient pas être appliquées d'une manière telle qu'elles constituent soit un moyen de discrimination arbitraire ou injustifié, soit une restriction déguisée, notamment au commerce international;

– désireuses d'assurer une étroite coordination des mesures visant à ces fins;

– souhaitant définir un cadre pour la mise au point de l'application de mesures phytosanitaires harmonisées et l'élaboration de normes internationales à cet effet;

– tenant compte des principes approuvés sur le plan international régissant la protection de la santé des végétaux, de l'homme et des animaux ainsi que de l'environnement;

– notant les accords conclus à l'issue des Négociations commerciales multilatérales du Cycle d'Uruguay et, notamment, l'Accord sur l'application des mesures sanitaires et phytosanitaires;

sont convenues de ce qui suit:

Article I

Objet et obligations

1. En vue d'assurer une action commune et efficace afin de prévenir la dissémination et l'introduction d'organismes nuisibles aux végétaux et produits végétaux, et

Präambel

Die Vertragsparteien –

in Anerkennung der Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse und bei der Verhütung ihrer internationalen Verbreitung, insbesondere ihrer Einschleppung in gefährdete Gebiete;

in Anerkennung der Tatsache, dass pflanzengesundheitliche Maßnahmen fachlich gerechtfertigt und transparent sein sollen und nicht so angewendet werden sollen, dass sie ein Mittel zur willkürlichen oder ungerechtfertigten Diskriminierung oder eine verschleierte Beschränkung insbesondere des internationalen Handels darstellen;

in dem Wunsch, eine enge Abstimmung der darauf abzielenden Maßnahmen sicherzustellen;

in dem Wunsch, einen Rahmen für die Entwicklung und Anwendung harmonisierter pflanzengesundheitlicher Maßnahmen sowie für die Ausarbeitung diesbezüglicher internationaler Standards zu schaffen;

unter Berücksichtigung international anerkannter Grundsätze zum Schutz der Gesundheit von Pflanzen, Menschen und Tieren sowie der Umwelt und

in Anbetracht der Übereinkommen, die als Ergebnis der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde geschlossen wurden, wozu auch das Übereinkommen über die Anwendung von Gesundheits- und Pflanzengesundheitsmaßnahmen gehört –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel I

Ziele und Verpflichtungen

(1) Um ein gemeinsames und wirkungsvolles Vorgehen gegen die Verbreitung und Einschleppung von Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse sicher-

priate measures for their control, the contracting parties undertake to adopt the legislative, technical and administrative measures specified in this Convention and in supplementary agreements pursuant to Article XVI.

2. Each contracting party shall assume responsibility, without prejudice to obligations assumed under other international agreements, for the fulfilment within its territories of all requirements under this Convention.

3. The division of responsibilities for the fulfilment of the requirements of this Convention between member organizations of FAO and their member states that are contracting parties shall be in accordance with their respective competencies.

4. Where appropriate, the provisions of this Convention may be deemed by contracting parties to extend, in addition to plants and plant products, to storage places, packaging, conveyances, containers, soil and any other organism, object or material capable of harbouring or spreading plant pests, particularly where international transportation is involved.

Article II

Use of terms

1. For the purpose of this Convention, the following terms shall have the meanings hereunder assigned to them:

“Area of low pest prevalence” – an area, whether all of a country, part of a country, or all or parts of several countries, as identified by the competent authorities, in which a specific pest occurs at low levels and which is subject to effective surveillance, control or eradication measures;

“Commission” – the Commission on Phytosanitary Measures established under Article XI;

“Endangered area” – an area where ecological factors favour the establishment of a pest whose presence in the area will result in economically important loss;

en vue de promouvoir l’adoption de mesures appropriées de lutte contre ces derniers, les parties contractantes s’engagent à prendre les mesures législatives, techniques et réglementaires spécifiées dans la présente Convention et dans les accords complémentaires conformément à l’article XVI.

2. Chaque partie contractante s’engage, sans préjudice des obligations contractées en vertu d’autres accords internationaux, à veiller, sur son territoire, à l’application des mesures prescrites par la présente Convention.

3. La répartition des responsabilités entre les organisations membres de la FAO et leurs États membres qui sont parties contractantes à la présente Convention pour l’application des mesures prescrites par celles-ci, se fera conformément à leurs compétences respectives.

4. Selon les nécessités, les dispositions de la présente Convention peuvent, si les parties contractantes le jugent utiles, s’appliquer, outre aux végétaux et produits végétaux, également aux lieux de stockage, emballages, moyens de transport, conteneurs, terre et autres organismes, objets ou matériels de toute nature susceptibles de porter ou de disséminer des organismes nuisibles, en particulier à ceux qui interviennent dans le transport international.

Article II

Terminologie

1. Dans la présente Convention, les termes ci-après sont définis comme suit:

«Analyse du risque phytosanitaire» – processus consistant à évaluer les preuves biologiques ou autres données scientifiques ou économiques pour déterminer si un organisme nuisible doit être réglementé, et la sévérité des mesures phytosanitaires éventuelles à prendre à son égard;

«Article réglementé» – tout végétal, produit végétal, lieu de stockage, emballage, moyen de transport, conteneur, terre et tout autre organisme, objet ou matériel susceptible de porter ou de disséminer des organismes nuisibles justifiant des mesures phytosanitaires, particulièrement pour tout ce qui concerne les transports internationaux;

«Commission» – la Commission des mesures phytosanitaires créée en vertu de l’article XI;

zustellen und die Einführung geeigneter Bekämpfungsmaßnahmen zu fördern, verpflichten sich die Vertragsparteien, die gesetzgeberischen, technischen und Verwaltungsmaßnahmen zu treffen, die in diesem Übereinkommen und den von den Vertragsparteien aufgrund des Artikels XVI angenommenen Ergänzungsübereinkommen näher bezeichnet sind.

(2) Jede Vertragspartei übernimmt unbeschadet aufgrund sonstiger völkerrechtlicher Übereinkünfte eingegangener Verpflichtungen die Verantwortung für die Erfüllung aller in diesem Übereinkommen vorgesehenen Anforderungen in ihrem Hoheitsgebiet.

(3) Die Aufteilung der Verantwortlichkeiten bei der Erfüllung der Anforderungen dieses Übereinkommens zwischen den Mitgliedsorganisationen der FAO und ihren Mitgliedstaaten, die Vertragsparteien sind, erfolgt nach ihren jeweiligen Zuständigkeiten.

(4) Dieses Übereinkommen kann erforderlichenfalls, wenn es die Vertragsparteien für zweckmäßig halten, neben Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen auch auf Lager, Verpackung, Beförderungsmittel, Behälter, Erden und auf andere Organismen, Gegenstände oder anderes Material aller Art Anwendung finden, die Schadorganismen der Pflanzen beherbergen oder verbreiten können, insbesondere auf diejenigen, die beim internationalen Transport verwendet werden.

Artikel II[1]

Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Übereinkommens gelten für die nachstehenden Begriffe die folgenden Begriffsbestimmungen:

„Gebiet mit geringem Auftreten von Schadorganismen“ bezeichnet ein von den zuständigen Behörden festgelegtes Gebiet – ein ganzes Land, einen Teil eines Landes, mehrere Länder oder Teile davon –, in dem ein bestimmter Schadorganismus nur in geringem Maße vorkommt und das wirksamen Überwachungs-, Bekämpfungs- oder Ausrottungsmaßnahmen unterliegt;

„Kommission“ bezeichnet die nach Artikel XI gegründete Kommission für pflanzengesundheitliche Maßnahmen;

„gefährdetes Gebiet“ bezeichnet ein Gebiet, in dem ökologische Faktoren die Ansiedlung eines Schadorganismus begünstigen, dessen Vorkommen in diesem Gebiet zu bedeutenden wirtschaftlichen Verlusten führt;

[1]) Die deutsche Übersetzung von Artikel II folgt der Reihenfolge der englischen Sprachfassung.

"Establishment" – perpetuation, for the foreseeable future, of a pest within an area after entry;

"Harmonized phytosanitary measures" – phytosanitary measures established by contracting parties based on international standards;

"International standards" – international standards established in accordance with Article X, paragraphs 1 and 2;

"Introduction" – the entry of a pest resulting in its establishment;

"Pest" – any species, strain or biotype of plant, animal or pathogenic agent injurious to plants or plant products;

"Pest risk analysis" – the process of evaluating biological or other scientific and economic evidence to determine whether a pest should be regulated and the strength of any phytosanitary measures to be taken against it;

"Phytosanitary measure" – any legislation, regulation or official procedure having the purpose to prevent the introduction and/or spread of pests;

"Plant products" – unmanufactured material of plant origin (including grain) and those manufactured products that, by their nature or that of their processing, may create a risk for the introduction and spread of pests;

"Plants" – living plants and parts thereof, including seeds and germplasm;

"Quarantine pest" – a pest of potential economic importance to the area endangered thereby and not yet present there, or present but not widely distributed and being officially controlled;

"Regional standards" – standards established by a regional plant protection organization for the guidance of the members of that organization;

«Établissement» – perpétuation, dans un avenir prévisible, d'un organisme nuisible dans une zone après son entrée;

«Introduction» – entrée d'un organisme nuisible, suivie de son établissement;

«Mesure phytosanitaire» – toute législation, réglementation ou méthode officielle ayant pour objectif de prévenir l'introduction et/ou la dissémination des organismes nuisibles;

«Mesures phytosanitaires harmonisées» – mesures phytosanitaires mises en place par des parties contractantes sur la base de normes internationales;

«Normes internationales» – normes internationales établies conformément à l'article X paragraphes 1 et 2;

«Normes régionales» – normes établies par une organisation régionale de la protection des végétaux à l'intention de ses membres;

«Organisme de quarantaine» – organisme nuisible qui a une importance potentielle pour l'économie de la zone menacée et qui n'est pas encore présent dans cette zone ou bien qui y est présent mais n'y est pas largement disséminé et fait l'objet d'une lutte officielle;

«Organisme nuisible» – toute espèce, souche ou biotype de végétal, d'animal ou d'agent pathogène nuisible pour les végétaux ou produits végétaux;

«Organisme nuisible réglementé» – organisme de quarantaine ou organisme réglementé non de quarantaine;

«Organisme réglementé non de quarantaine» – organisme nuisible qui n'est pas un organisme de quarantaine, dont la présence dans les végétaux destinés à la plantation affecte l'usage prévu de ces végétaux, avec une incidence économique inacceptable et qui est donc réglementé sur le territoire de la partie contractante importatrice;

«Produits végétaux» – produits non manufacturés d'origine végétale (y compris les grains) ainsi que les produits manufacturés qui, étant donné leur nature ou celle de leur transformation, peuvent constituer un risque d'introduction ou de dissémination des organismes nuisibles;

„Ansiedlung" bezeichnet die auf absehbare Zeit andauernde Erhaltung eines Schadorganismus in einem Gebiet nach dessen Eindringen;

„harmonisierte pflanzengesundheitliche Maßnahmen" bezeichnet pflanzengesundheitliche Maßnahmen, welche die Vertragsparteien auf der Grundlage internationaler Normen festgelegt haben;

„internationale Standards" bezeichnet internationale Standards, die in Übereinstimmung mit Artikel X Absätze 1 und 2 festgelegt wurden;

„Einschleppung" bezeichnet das Eindringen eines Schadorganismus, das zu seiner Ansiedlung führt;

„Schadorganismus" bezeichnet alle Arten, Stämme oder Biotypen von Pflanzen, Tieren oder Krankheitserregern, die für Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse schädlich sind;

„Risikoanalyse von Schadorganismen" bezeichnet den Vorgang der Bewertung biologischer oder sonstiger wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Erkenntnisse zur Feststellung, ob ein Schadorganismus geregelt werden soll, und zur Festlegung der Intensität der zu seiner Bekämpfung zu ergreifenden pflanzengesundheitlichen Maßnahmen;

„pflanzengesundheitliche Maßnahme" bezeichnet alle Rechtsvorschriften, Regelungen oder amtlichen Verfahren, die der Verhütung der Einschleppung und/oder Verbreitung von Schadorganismen dienen;

„Pflanzenerzeugnisse" bezeichnet nicht verarbeitete Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs (einschließlich Getreide) sowie diejenigen verarbeiteten Erzeugnisse, die ihrer Natur nach oder wegen der Art ihrer Verarbeitung die Gefahr einer Einschleppung und Verbreitung von Schadorganismen hervorrufen können;

„Pflanzen" bezeichnet lebende Pflanzen und Teile lebender Pflanzen, einschließlich Samen und Keimplasma;

„Quarantäneschadorganismus" bezeichnet einen Schadorganismus von potentieller wirtschaftlicher Bedeutung für das durch ihn gefährdete Gebiet, der in diesem Gebiet noch nicht vorkommt oder zwar schon vorkommt, aber nicht weit verbreitet ist und amtlichen Überwachungs- und Bekämpfungsmaßnahmen unterliegt;

„regionale Standards" bezeichnet Normen, die von einer regionalen Pflanzenschutzorganisation als Leitlinie für die Mitglieder dieser Organisation festgelegt werden;

"Regulated article" – any plant, plant product, storage place, packaging, conveyance, container, soil and any other organism, object or material capable of harbouring or spreading pests, deemed to require phytosanitary measures, particularly where international transportation is involved;

"Regulated non-quarantine pest" – a non-quarantine pest whose presence in plants for planting affects the intended use of those plants with an economically unacceptable impact and which is therefore regulated within the territory of the importing contracting party;

"Regulated pest" – a quarantine pest or a regulated non-quarantine pest;

"Secretary" – Secretary of the Commission appointed pursuant to Article XII;

"Technically justified" – justified on the basis of conclusions reached by using an appropriate pest risk analysis or, where applicable, another comparable examination and evaluation of available scientific information.

2. The definitions set forth in this Article, being limited to the application of this Convention, shall not be deemed to affect definitions established under domestic laws or regulations of contracting parties.

Article III

Relationship with other international agreements

Nothing in this Convention shall affect the rights and obligations of the contracting parties under relevant international agreements.

Article IV

General provisions relating to the organizational arrangements for national plant protection

1. Each contracting party shall make provision, to the best of its ability, for an official national plant protection organization with the main responsibilities set out in this Article.

«Secrétaire» – le Secrétaire de la Commission nommé conformément à l'article XII;

«Techniquement justifié» – justifié sur la base des conclusions d'une analyse appropriée du risque phytosanitaire ou, le cas échéant, d'autres examens ou évaluations comparables des données scientifiques disponibles;

«Végétaux» – plantes vivantes et parties de plantes vivantes, y compris les semences et le matériel génétique;

«Zone à faible prévalence d'organismes nuisibles» – zone, qu'il s'agisse de la totalité d'un pays, d'une partie d'un pays ou de la totalité ou de parties de plusieurs pays, identifiée par les autorités compétentes, dans laquelle un organisme nuisible spécifique est présent à un niveau faible et qui fait l'objet de mesures efficaces de surveillance, de lutte ou d'éradication;

«Zone menacée» – zone où les facteurs écologiques sont favorables à l'établissement d'un organisme nuisible dont la présence entraînerait des pertes économiquement importantes.

2. Les définitions données dans cet article étant limitées à l'application de la présente Convention, elles sont réputées ne pas affecter les définitions données dans les lois ou règlements des parties contractantes.

Article III

Relations avec d'autres accords internationaux

La présente Convention s'appliquera sans préjudice des droits et obligations des parties contractantes découlant d'accords internationaux pertinents.

Article IV

Dispositions générales relatives aux modalités d'organisation de la protection nationale des végétaux

1. Chaque partie contractante s'engage à prendre les dispositions nécessaires pour mettre en place, dans la mesure de ses possibilités, une organisation nationale officielle de la protection des végétaux dont les principales responsabilités sont définies dans le présent article.

„geregelter Artikel" bezeichnet alle Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse, Lager, Verpackungen, Beförderungsmittel, Behälter, Erden sowie andere Organismen, Gegenstände oder Material aller Art, die Schadorganismen, für die pflanzengesundheitliche Maßnahmen für nötig erachtet werden, beherbergen oder verbreiten können, insbesondere diejenigen, die beim internationalen Transport verwendet werden;

„geregelter Nicht-Quarantäneschadorganismus" bezeichnet einen Nicht-Quarantäneschadorganismus, dessen Vorkommen an Pflanzen, die zum Anpflanzen bestimmt sind, die vorgesehene Verwendung dieser Pflanzen durch unannehmbare wirtschaftliche Auswirkungen beeinträchtigt und der daher im Hoheitsgebiet der einführenden Vertragspartei gesetzlich geregelt wird;

„geregelter Schadorganismus" bezeichnet einen Quarantäneschadorganismus oder einen geregelten Nicht-Quarantäneschadorganismus;

„Sekretär" bezeichnet den nach Artikel XII ernannten Sekretär der Kommission;

„fachlich gerechtfertigt" bedeutet gerechtfertigt aufgrund von Schlussfolgerungen, die aus einer geeigneten Risikoanalyse von Schadorganismen oder gegebenenfalls einer anderen vergleichbaren Untersuchung und Bewertung der vorhandenen wissenschaftlichen Informationen gezogen wurden.

(2) Die Begriffsbestimmungen in diesem Artikel sind auf die Anwendung dieses Übereinkommens beschränkt; sie sind nicht so anzusehen, als berührten sie die aufgrund innerstaatlicher Gesetze oder sonstiger Vorschriften der Vertragsparteien festgelegten Begriffsbestimmungen.

Artikel III

Verhältnis zu anderen völkerrechtlichen Übereinkünften

Dieses Übereinkommen berührt nicht die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aufgrund einschlägiger völkerrechtlicher Übereinkünfte.

Artikel IV

Allgemeine Bestimmungen über die organisatorischen Maßnahmen für den Pflanzenschutz in den einzelnen Staaten

(1) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, nach bestem Vermögen Vorkehrungen für die Einrichtung einer innerstaatlichen amtlichen Pflanzenschutzorganisation mit den in diesem Artikel aufgeführten Hauptzuständigkeiten zu treffen.

2. The responsibilities of an official national plant protection organization shall include the following:

a) the issuance of certificates relating to the phytosanitary regulations of the importing contracting party for consignments of plants, plant products and other regulated articles;

b) the surveillance of growing plants, including both areas under cultivation (*inter alia* fields, plantations, nurseries, gardens, greenhouses and laboratories) and wild flora, and of plants and plant products in storage or in transportation, particularly with the object of reporting the occurrence, outbreak and spread of pests, and of controlling those pests, including the reporting referred to under Article VIII paragraph 1(a);

c) the inspection of consignments of plants and plant products moving in international traffic and, where appropriate, the inspection of other regulated articles, particularly with the object of preventing the introduction and/or spread of pests;

d) the disinfestation or disinfection of consignments of plants, plant products and other regulated articles moving in international traffic, to meet phytosanitary requirements;

e) the protection of endangered areas and the designation, maintenance and surveillance of pest free areas and areas of low pest prevalence;

f) the conduct of pest risk analyses;

g) to ensure through appropriate procedures that the phytosanitary security of consignments after certification regarding composition, substitution and reinfestation is maintained prior to export; and

h) training and development of staff.

3. Each contracting party shall make provision, to the best of its ability, for the following:

a) the distribution of information within the territory of the contracting party regarding regulated pests and the means of their prevention and control;

b) research and investigation in the field of plant protection;

c) the issuance of phytosanitary regulations; and

2. L’organisation nationale officielle de la protection des végétaux aura notamment les responsabilités suivantes:

(a) la délivrance de certificats relatifs à la réglementation phytosanitaire de la partie contractante importatrice pour les envois de végétaux, produits végétaux et autres articles réglementés;

(b) la surveillance des végétaux sur pied, y compris les terres cultivées (notamment les champs, les plantations, les pépinières, les jardins, les serres et les laboratoires) et la flore sauvage, et des végétaux et produits végétaux entreposés ou en cours de transport, en vue particulièrement de signaler la présence, l’apparition et la dissémination des organismes nuisibles, et de lutter contre ces organismes nuisibles, y compris l’établissement de rapports mentionnés à l’article VIII paragraphe 1 (a);

(c) l’inspection des envois de végétaux et produits végétaux faisant l’objet d’échanges internationaux et, si besoin est, l’inspection d’autres articles réglementés, en vue notamment d’empêcher l’introduction et/ou la dissémination des organismes nuisibles;

(d) la désinfestation ou la désinfection des envois de végétaux, produits végétaux et autres articles réglementés faisant l’objet d’échanges internationaux pour respecter les exigences phytosanitaires;

(e) la protection des zones menacées et la désignation, le maintien et la surveillance de zones indemnes et de zones à faible prévalence d’organismes nuisibles;

(f) la conduite d’analyses du risque phytosanitaire;

(g) garantir, grâce à des procédures appropriées, que la sécurité phytosanitaire des envois après certification est maintenue jusqu’à l’exportation, afin d’éviter toute modification de leur composition, ainsi que toute substitution ou réinfestation;

(h) la formation et la valorisation des ressources humaines.

3. Chaque partie contractante s’engage à prendre les dispositions nécessaires pour garantir, dans la mesure de ses moyens:

(a) la distribution, sur le territoire de la partie contractante, de renseignements sur les organismes nuisibles réglementés et les moyens de prévention et de lutte;

(b) la recherche et l’enquête dans le domaine de la protection des végétaux;

(c) la promulgation de la réglementation phytosanitaire;

(2) Zu den Zuständigkeiten einer innerstaatlichen amtlichen Pflanzenschutzorganisation gehören die folgenden Aufgaben:

a) Ausstellung von Zeugnissen im Zusammenhang mit den pflanzengesundheitlichen Bestimmungen der einführenden Vertragspartei für Sendungen von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen sowie sonstigen geregelten Artikeln;

b) Überwachung von Pflanzen während des Wachstums sowohl auf Kulturland (unter anderem Felder, Kulturen, Baumschulen, Gärten, Gewächshäuser und Laboratorien) als auch auf Nichtkulturland sowie von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen, die eingelagert sind oder sich auf dem Transport befinden, insbesondere um das Vorkommen, den Ausbruch und die Verbreitung von Schadorganismen zu melden und diese Schadorganismen zu bekämpfen; dies schließt die in Artikel VIII Absatz 1 Buchstabe a genannte Meldung ein;

c) Untersuchung von Sendungen von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen im internationalen Handelsverkehr und erforderlichenfalls Untersuchung sonstiger geregelter Artikel, insbesondere um die Einschleppung und/oder Verbreitung von Schadorganismen zu verhindern;

d) Entwesung oder Entseuchung von Sendungen von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen sowie sonstigen geregelten Artikeln im internationalen Handelsverkehr, um die pflanzengesundheitlichen Vorschriften zu erfüllen;

e) Schutz gefährdeter Gebiete sowie die Ausweisung, Erhaltung und Überwachung schadorganismusfreier Gebiete sowie von Gebieten mit geringem Auftreten von Schadorganismen;

f) Durchführung von Risikoanalysen von Schadorganismen;

g) Sicherstellung durch geeignete Verfahren, dass die pflanzengesundheitliche Sicherheit der Sendungen nach der Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen im Hinblick auf Zusammensetzung, Ersatz und Wiederbefall vor der Ausfuhr gewährleistet ist;

h) Schulung und Weiterbildung des Personals.

(3) Jede Vertragspartei trifft nach bestem Vermögen Vorkehrungen für

a) die Weitergabe von Informationen innerhalb ihres Hoheitsgebiets über geregelte Schadorganismen sowie Vorbeugungs- und Bekämpfungsmittel;

b) Forschung und Untersuchungen auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes;

c) den Erlass pflanzengesundheitlicher Bestimmungen sowie

d) the performance of such other functions as may be required for the implementation of this Convention.

4. Each contracting party shall submit a description of its official national plant protection organization and of changes in such organization to the Secretary. A contracting party shall provide a description of its organizational arrangements for plant protection to another contracting party, upon request.

Article V

Phytosanitary certification

1. Each contracting party shall make arrangements for phytosanitary certification, with the objective of ensuring that exported plants, plant products and other regulated articles and consignments thereof are in conformity with the certifying statement to be made pursuant to paragraph 2(b) of this Article.

2. Each contracting party shall make arrangements for the issuance of phytosanitary certificates in conformity with the following provisions:

a) Inspection and other related activities leading to issuance of phytosanitary certificates shall be carried out only by or under the authority of the official national plant protection organization. The issuance of phytosanitary certificates shall be carried out by public officers who are technically qualified and duly authorized by the official national plant protection organization to act on its behalf and under its control with such knowledge and information available to those officers that the authorities of importing contracting parties may accept the phytosanitary certificates with confidence as dependable documents.

b) Phytosanitary certificates, or their electronic equivalent where accepted by the importing contracting party concerned, shall be as worded in the models set out in the Annex to this Convention. These certificates should be completed and issued taking into account relevant international standards.

c) Uncertified alterations or erasures shall invalidate the certificates.

3. Each contracting party undertakes not to require consignments of plants or plant products or other regulated articles imported into its territories to be accompanied by phytosanitary certificates inconsistent with the models set out in the Annex

(d) l’exécution de toute autre fonction pouvant être exigée pour l’application de la présente Convention.

4. Chaque partie contractante présentera au Secrétaire un rapport décrivant son organisation nationale officielle chargée de la protection des végétaux et les modifications qui sont apportées à cette organisation. Les parties contractantes fourniront, sur demande, à toute autre partie contractante, des informations sur les modalités d’organisation de la protection des végétaux.

Article V

Certification phytosanitaire

1. Chaque partie contractante prendra les dispositions nécessaires concernant la certification phytosanitaire, dans le but de garantir que les envois de végétaux, produits végétaux et autres articles réglementés exportés soient conformes à la déclaration de certification à effectuer en vertu du paragraphe 2 (b) du présent article.

2. Chaque partie contractante prendra les dispositions nécessaires pour délivrer des certificats phytosanitaires conformes aux dispositions suivantes:

(a) l’inspection et les autres activités nécessaires à l’établissement des certificats phytosanitaires ne pourront être confiées qu’à l’organisation nationale de la protection des végétaux ou des personnes placées sous son autorité directe. La délivrance des certificats phytosanitaires sera confiée à des fonctionnaires techniquement qualifiés et dûment autorisés par l’organisation nationale de la protection des végétaux pour agir pour son compte et sous son contrôle, disposant des connaissances et des renseignements nécessaires de telle sorte que les autorités des parties contractantes importatrices puissent accepter les certificats phytosanitaires comme des documents dignes de foi;

(b) les certificats phytosanitaires, ou leur version électronique si celle-ci est acceptée par la partie contractante importatrice, devront être libellés conformément aux modèles reproduits en annexe à la présente Convention. Ces certificats seront établis et délivrés en prenant en considération les normes internationales en vigueur;

(c) les corrections ou suppressions non certifiées invalideront les certificats.

3. Chaque partie contractante s’engage à ne pas exiger, pour accompagner les envois de végétaux, produits végétaux ou autres articles réglementés importés dans son territoire, de certificats phytosanitaires non conformes aux modèles reproduits en

d) die Wahrnehmung sonstiger Aufgaben, die für die Durchführung dieses Übereinkommens gegebenenfalls erforderlich sind.

(4) Jede Vertragspartei legt dem Sekretär einen Bericht über ihre innerstaatliche amtliche Pflanzenschutzorganisation und über Veränderungen in dieser Organisation vor. Eine Vertragspartei stellt einer anderen Vertragspartei auf Ersuchen einen Bericht über ihre organisatorischen Maßnahmen für den Pflanzenschutz zur Verfügung.

Artikel V

Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen

(1) Jede Vertragspartei trifft Vorkehrungen für die Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen, um sicherzustellen, dass ausgeführte Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse sowie sonstige geregelte Artikel und Sendungen mit diesem Inhalt der nach Absatz 2 Buchstabe b auszustellenden Bescheinigung entsprechen.

(2) Jede Vertragspartei trifft Vorkehrungen für die Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen in Übereinstimmung mit den nachstehenden Bestimmungen:

a) Die Untersuchung von Sendungen sowie andere damit verbundene Tätigkeiten für die Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen dürfen nur von oder unter Aufsicht der innerstaatlichen amtlichen Pflanzenschutzorganisation vorgenommen werden. Die Ausstellung der Pflanzengesundheitszeugnisse erfolgt durch öffentliche Bedienstete, die fachlich qualifiziert und von der innerstaatlichen amtlichen Pflanzenschutzorganisation beauftragt sind, in ihrem Namen und unter ihrer Kontrolle tätig zu sein; dieses Personal verfügt über die erforderlichen Kenntnisse und Informationen, so dass die Behörden der einführenden Vertragsparteien die Pflanzengesundheitszeugnisse als glaubwürdige Urkunde anerkennen können.

b) Pflanzengesundheitszeugnisse oder ihre elektronische Entsprechung – soweit von der betreffenden einführenden Vertragspartei anerkannt – sind nach den in der Anlage zu diesem Übereinkommen wiedergegebenen Mustern abzufassen. Beim Ausfüllen und Ausstellen der Zeugnisse sind einschlägige internationale Standards zu berücksichtigen.

c) Nicht beglaubigte Änderungen oder Streichungen machen die Zeugnisse ungültig.

(3) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, als Begleitpapiere für Sendungen von in ihr Hoheitsgebiet eingeführten Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen sowie sonstigen geregelten Artikeln keine Pflanzengesundheitszeugnisse zu verlangen, die nicht den

to this Convention. Any requirements for additional declarations shall be limited to those technically justified.

annexe à la présente Convention. Toute déclaration supplémentaire exigée devra être justifiée d'un point de vue technique.

in der Anlage zu diesem Übereinkommen wiedergegebenen Mustern entsprechen. Jede Forderung nach Zusatzerklärungen ist auf ein fachlich gerechtfertigtes Maß zu beschränken.

Article VI

Regulated pests

1. Contracting parties may require phytosanitary measures for quarantine pests and regulated non-quarantine pests, provided that such measures are:

a) no more stringent than measures applied to the same pests, if present within the territory of the importing contracting party; and

b) limited to what is necessary to protect plant health and/or safeguard the intended use and can be technically justified by the contracting party concerned.

2. Contracting parties shall not require phytosanitary measures for non-regulated pests.

Article VI

Organismes nuisibles réglementés

1. Les parties contractantes peuvent demander l'application de mesures phytosanitaires pour les organismes de quarantaine et les organismes réglementés non de quarantaine, à condition que de telles mesures:

(a) ne soient pas plus restrictives que les mesures appliquées aux mêmes organismes nuisibles s'ils sont présents sur le territoire de la partie contractante importatrice; et

(b) soient limitées aux dispositions nécessaires pour protéger la santé des végétaux et/ou sauvegarder l'usage auquel ils sont destinés et soient justifiées d'un point de vue technique par la partie contractante concernée.

2. Les parties contractantes ne pourront demander l'application des mesures phytosanitaires dans le commerce international pour des organismes nuisibles non réglementés.

Artikel VI

Geregelte Schadorganismen

(1) Die Vertragsparteien können pflanzengesundheitliche Maßnahmen für Quarantäneschadorganismen und geregelte Nicht-Quarantäneschadorganismen verlangen, vorausgesetzt, diese Maßnahmen sind

a) nicht strenger als Maßnahmen, die auf dieselben Schadorganismen Anwendung finden, wenn sie im Hoheitsgebiet der einführenden Vertragspartei vorhanden sind, und

b) begrenzt auf das zum Schutz der Pflanzengesundheit und/oder zur Sicherstellung der vorgesehenen Verwendung notwendige Maß und können von der betreffenden Vertragspartei fachlich gerechtfertigt werden.

(2) Die Vertragsparteien verlangen keine pflanzengesundheitlichen Maßnahmen für nicht geregelte Schadorganismen.

Article VII

Requirements in relation to imports

1. With the aim of preventing the introduction and/or spread of regulated pests into their territories, contracting parties shall have sovereign authority to regulate, in accordance with applicable international agreements, the entry of plants and plant products and other regulated articles and, to this end, may:

a) prescribe and adopt phytosanitary measures concerning the importation of plants, plant products and other regulated articles, including, for example, inspection, prohibition on importation, and treatment;

b) refuse entry or detain, or require treatment, destruction or removal from the territory of the contracting party, of plants, plant products and other regulated articles or consignments thereof that do not comply with the phytosanitary measures prescribed or adopted under subparagraph (a);

c) prohibit or restrict the movement of regulated pests into their territories;

d) prohibit or restrict the movement of biological control agents and other

Article VII

Dispositions concernant les importations

1. Les parties contractantes ont le pouvoir souverain de réglementer, conformément aux accords internationaux en vigueur, l'importation de végétaux, produits végétaux et autres articles réglementés, afin d'empêcher l'introduction et/ou la dissémination d'organismes nuisibles réglementés sur leur territoire et, à cette fin, elles peuvent:

(a) prescrire et adopter des mesures phytosanitaires concernant l'importation des végétaux, des produits végétaux et d'autres articles réglementés, notamment l'inspection, l'interdiction d'importer et le traitement;

(b) interdire l'entrée ou détenir, ou exiger le traitement, la destruction ou le refoulement hors du pays de la partie contractante, des envois de végétaux, produits végétaux et autres articles réglementés qui ne sont pas conformes aux mesures phytosanitaires prescrites ou adoptées aux termes de l'alineá (a) ci-dessus;

(c) interdire ou restreindre l'entrée sur leur territoire des organismes nuisibles réglementés;

(d) interdire ou restreindre l'entrée sur leur territoire d'agents de lutte biologique

Artikel VII

Einfuhrbestimmungen

(1) Die Vertragsparteien haben das souveräne Recht, die Einfuhr von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen sowie sonstigen geregelten Artikeln im Einklang mit anwendbaren völkerrechtlichen Übereinkünften zu regeln, um die Einschleppung und/oder Verbreitung geregelter Schadorganismen in ihr/ihrem Hoheitsgebiet zu verhindern; zu diesem Zweck können sie

a) für die Einfuhr von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen sowie sonstigen geregelten Artikeln pflanzengesundheitliche Maßnahmen vorschreiben und ergreifen; hierzu gehören zum Beispiel Untersuchung, Einfuhrverbot und Behandlung;

b) im Falle von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen sowie sonstigen geregelten Artikeln oder Sendungen mit diesem Inhalt, welche den unter Buchstabe a vorgeschriebenen oder ergriffenen pflanzengesundheitlichen Maßnahmen nicht Rechnung tragen, die Einfuhr verbieten oder sie unter Quarantäne stellen oder verlangen, dass sie behandelt, vernichtet oder aus dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei entfernt werden;

c) das Verbringen geregelter Schadorganismen in ihr Hoheitsgebiet verbieten oder einschränken;

d) das Verbringen biologischer Bekämpfungsmittel und sonstiger als nützlich

organisms of phytosanitary concern claimed to be beneficial into their territories.

2. In order to minimize interference with international trade, each contracting party, in exercising its authority under paragraph 1 of this Article, undertakes to act in conformity with the following:

a) Contracting parties shall not, under their phytosanitary legislation, take any of the measures specified in paragraph 1 of this Article unless such measures are made necessary by phytosanitary considerations and are technically justified.

b) Contracting parties shall, immediately upon their adoption, publish and transmit phytosanitary requirements, restrictions and prohibitions to any contracting party or parties that they believe may be directly affected by such measures.

c) Contracting parties shall, on request, make available to any contracting party the rationale for phytosanitary requirements, restrictions and prohibitions.

d) If a contracting party requires consignments of particular plants or plant products to be imported only through specified points of entry, such points shall be so selected as not to unnecessarily impede international trade. The contracting party shall publish a list of such points of entry and communicate it to the Secretary, any regional plant protection organization of which the contracting party is a member, all contracting parties which the contracting party believes to be directly affected, and other contracting parties upon request. Such restrictions on points of entry shall not be made unless the plants, plant products or other regulated articles concerned are required to be accompanied by phytosanitary certificates or to be submitted to inspection or treatment.

e) Any inspection or other phytosanitary procedure required by the plant protection organization of a contracting party for a consignment of plants, plant products or other regulated articles offered for importation, shall take place as promptly as possible with due regard to their perishability.

f) Importing contracting parties shall, as soon as possible, inform the exporting contracting party concerned or, where appropriate, the re-exporting contracting party concerned, of significant

et d'autres organismes d'importance phytosanitaire réputés bénéfiques.

2. Afin d'entraver le moins possible le commerce international, chaque partie contractante, dans l'exercice de son pouvoir aux termes du paragraphe 1 du présent article, s'engage à agir en se conformant aux dispositions suivantes:

(a) les parties contractantes ne doivent prendre, en vertu de leur réglementation phytosanitaire, aucune des mesures mentionnées au paragraphe 1 du présent article, à moins que celles-ci répondent à des nécessités d'ordre phytosanitaire et soient techniquement justifiées;

(b) les parties contractantes doivent, immédiatement après avoir adopté, publié et communiqué les exigences, restrictions et interdictions phytosanitaires à toute partie contractante ou aux parties qu'elles jugent pouvoir être directement affectées par de telles mesures;

(c) les parties contractantes devront, sur demande, faire connaître à toute partie contractante les raisons de ces exigences, restrictions et interdictions phytosanitaires;

(d) toute partie contractante qui limite les points d'entrée pour l'importation de certains végétaux ou produits végétaux doit choisir lesdits points de manière à ne pas entraver sans nécessité le commerce international. La partie contractante doit publier une liste desdits points et la communiquer au Secrétaire, à toute organisation régionale de la protection des végétaux à laquelle la partie contractante pourrait appartenir, à toute partie contractante que la partie contractante juge pouvoir être directement affectée et aux autres parties contractantes qui en font la demande. Toute restriction de cet ordre ne sera autorisée que si les végétaux, produits végétaux ou autres articles réglementés en cause sont accompagnés de certificats phytosanitaires ou soumis à une inspection ou à un traitement;

(e) toute inspection, ou autre procédure phytosanitaire requise par l'organisation de la protection des végétaux d'une partie contractante pour un envoi de végétaux, produits végétaux ou autres articles réglementés, destiné à l'importation doit s'effectuer dans le plus bref délai possible, en tenant dûment compte de leur nature périssable;

(f) les parties contractantes importatrices devront signaler dès que possible à la partie contractante exportatrice concernée ou, le cas échéant, à la partie contractante réexportatrice concer-

geltender Organismen, die im Hinblick auf die Pflanzengesundheit von Interesse sind, in ihr Hoheitsgebiet verbieten oder einschränken.

(2) Um den internationalen Handel so wenig wie möglich zu behindern, verpflichtet sich jede Vertragspartei, bei der Wahrnehmung ihres Rechts nach Absatz 1 die folgenden Bestimmungen zu beachten:

a) Die Vertragsparteien dürfen aufgrund ihrer pflanzengesundheitlichen Vorschriften keine der in Absatz 1 bezeichneten Maßnahmen treffen, sofern diese nicht durch Erfordernisse der Pflanzengesundheit bedingt und fachlich gerechtfertigt sind.

b) Die Vertragsparteien haben pflanzengesundheitliche Vorschriften, Einschränkungen und Verbote umgehend nach ihrer Annahme zu veröffentlichen und jeder anderen Vertragspartei oder allen Vertragsparteien, die sie von diesen Maßnahmen für unmittelbar betroffen halten, mitzuteilen.

c) Die Vertragsparteien haben jeder Vertragspartei auf Ersuchen die Gründe für pflanzengesundheitliche Vorschriften, Einschränkungen und Verbote mitzuteilen.

d) Jede Vertragspartei, die bestimmte Grenzübergangsstellen für die Einfuhr einzelner Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse vorschreibt, hat diese Stellen so auszuwählen, dass der internationale Handel nicht unnötig behindert wird. Die Vertragspartei hat ein Verzeichnis dieser Grenzübergangsstellen zu veröffentlichen und dem Sekretär, jeder regionalen Pflanzenschutzorganisation, deren Mitglied sie ist, allen Vertragsparteien, die sie für unmittelbar betroffen hält, sowie anderen Vertragsparteien auf Ersuchen mitzuteilen. Solche Beschränkungen auf bestimmte Grenzübergangsstellen sind nur zulässig, wenn die betreffenden Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse sowie sonstigen geregelten Artikel von Pflanzengesundheitszeugnissen begleitet sein müssen oder wenn sie einer Untersuchung oder Behandlung zu unterziehen sind.

e) Die von der Pflanzenschutzorganisation einer Vertragspartei verlangte Untersuchung oder ein sonstiges von ihr verlangtes Verfahren im Rahmen des Pflanzenschutzes für Sendungen von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen oder sonstigen geregelten Artikeln, die zur Einfuhr bestimmt sind, hat innerhalb einer möglichst kurzen Frist zu erfolgen; hierbei ist auf ihre Verderblichkeit gebührend Rücksicht zu nehmen.

f) Die einführenden Vertragsparteien unterrichten so bald wie möglich die betreffende ausführende Vertragspartei oder gegebenenfalls die betreffende weiterversendende Vertragspartei über

instances of non-compliance with phytosanitary certification. The exporting contracting party or, where appropriate, the re-exporting contracting party concerned, should investigate and, on request, report the result of its investigation to the importing contracting party concerned.

g) Contracting parties shall institute only phytosanitary measures that are technically justified, consistent with the pest risk involved and represent the least restrictive measures available, and result in the minimum impediment to the international movement of people, commodities and conveyances.

h) Contracting parties shall, as conditions change, and as new facts become available, ensure that phytosanitary measures are promptly modified or removed if found to be unnecessary.

i) Contracting parties shall, to the best of their ability, establish and update lists of regulated pests, using scientific names, and make such lists available to the Secretary, to regional plant protection organizations of which they are members and, on request, to other contracting parties.

j) Contracting parties shall, to the best of their ability, conduct surveillance for pests and develop and maintain adequate information on pest status in order to support categorization of pests, and for the development of appropriate phytosanitary measures. This information shall be made available to contracting parties, on request.

3. A contracting party may apply measures specified in this Article to pests which may not be capable of establishment in its territories but, if they gained entry, cause economic damage. Measures taken against these pests must be technically justified.

4. Contracting parties may apply measures specified in this Article to consignments in transit through their territories only where such measures are technically justified and necessary to prevent the introduction and/or spread of pests.

5. Nothing in this Article shall prevent importing contracting parties from making special provision, subject to adequate safeguards, for the importation, for the purpose of scientific research, education, or other specific use, of plants and plant

née les cas importants de non-conformité à la certification phytosanitaire. La partie contractante exportatrice ou, le cas échéant, la partie contractante réexportatrice concernée, procédera à des recherches et communiquera, sur demande, les résultats de celles-ci à la partie contractante importatrice concernée;

(g) les parties contractantes doivent instituer uniquement les mesures phytosanitaires qui sont techniquement justifiées et adaptées aux risques encourus, qui représentent les mesures les moins restrictives possibles et qui entravent au minimum les mouvements internationaux de personnes, de marchandises et de moyens de transport;

(h) à mesure que la situation évolue et que des faits nouveaux interviennent, les parties contractantes doivent s'assurer dans les plus brefs délais que les mesures phytosanitaires sont modifiées ou supprimées si elles s'avèrent inutiles;

(i) les parties contractantes doivent, du mieux qu'elles le peuvent, dresser et tenir à jour les listes d'organismes nuisibles réglementés, désignés par leur nom scientifique, et adresser périodiquement de telles listes au Secrétaire, aux organisations régionales de la protection des végétaux quand elles sont membres et, sur demande, à d'autres parties contractantes;

(j) les parties contractantes surveilleront, du mieux qu'elles le peuvent, les organismes nuisibles et tiendront à jour des informations adéquates sur leur situation afin de faciliter leur catégorisation et la prise de mesures phytosanitaires appropriées. Les informations seront portées, sur demande, à la connaissance des parties contractantes.

3. Les parties contractantes peuvent appliquer les mesures prévues dans le présent article à des organismes nuisibles qui ne seront probablement pas capables de s'établir sur leurs territoires mais qui, s'ils étaient introduits, pourraient provoquer des dégâts d'importance économique. Les mesures prises pour lutter contre les organismes nuisibles doivent être techniquement justifiées.

4. Les parties contractantes peuvent appliquer les dispositions du présent article aux envois en transit sur leurs territoires uniquement lorsque de telles mesures sont justifiées d'un point de vue technique et nécessaires pour empêcher l'introduction et/ou la dissémination des organismes nuisibles.

5. Aucune disposition du présent article n'empêche les parties contractantes importatrices de prendre des mesures particulières, sous réserve des garanties appropriées, concernant l'importation aux fins de la recherche scientifique, à des fins

gravierende Fälle von Nichtübereinstimmung mit den Pflanzengesundheitszeugnissen. Die ausführende Vertragspartei oder gegebenenfalls die betreffende weiterversendende Vertragspartei soll Nachforschungen anstellen und das Ergebnis hiervon der betreffenden einführenden Partei auf Ersuchen mitteilen.

g) Die Vertragsparteien ergreifen nur pflanzengesundheitliche Maßnahmen, die fachlich gerechtfertigt sind, dem Risiko durch Schadorganismen entsprechen, die geringstmögliche Einschränkung darstellen und den internationalen Personen-, Waren- und Transportverkehr so wenig wie möglich behindern.

h) Ändert sich die Situation und liegen neue Erkenntnisse vor, so haben die Vertragsparteien sicherzustellen, dass für unnötig befundene pflanzengesundheitliche Maßnahmen umgehend geändert oder abgeschafft werden.

i) Die Vertragsparteien erstellen und aktualisieren nach bestem Vermögen Listen der geregelten Schadorganismen unter Verwendung der wissenschaftlichen Namen; sie stellen diese Listen dem Sekretär, den regionalen Pflanzenschutzorganisationen, deren Mitglieder sie sind, sowie auf Ersuchen anderen Vertragsparteien zur Verfügung.

j) Die Vertragsparteien überwachen nach bestem Vermögen die Schadorganismen; sie erstellen geeignete Informationen über die Situation der Schadorganismen und führen sie weiter, um eine Klassifizierung der Schadorganismen zu unterstützen und geeignete pflanzengesundheitliche Maßnahmen zu entwickeln. Diese Informationen werden den Vertragsparteien auf Ersuchen zur Verfügung gestellt.

(3) Eine Vertragspartei kann in diesem Artikel aufgeführte Maßnahmen auf Schadorganismen anwenden, die sich möglicherweise nicht in ihrem Hoheitsgebiet ansiedeln können, aber bei einem Eindringen wirtschaftliche Schäden verursachen würden. Die zur Bekämpfung dieser Schadorganismen ergriffenen Maßnahmen müssen fachlich gerechtfertigt sein.

(4) Die Vertragsparteien können die in diesem Artikel aufgeführten Maßnahmen auf den Transitverkehr durch ihr Hoheitsgebiet nur dann anwenden, wenn diese Maßnahmen fachlich gerechtfertigt und zur Verhütung der Einschleppung und/oder Verbreitung von Schadorganismen erforderlich sind.

(5) Dieser Artikel hindert die einführenden Vertragsparteien nicht daran, unter Einhaltung erforderlicher Vorsichtsmaßnahmen besondere Vorkehrungen für die Einfuhr von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen sowie anderen geregelten Artikeln und

products and other regulated articles, and of plant pests.

éducatives ou à des usages spécifiques, de végétaux et produits végétaux et autres articles réglementés, ainsi que d'organismes nuisibles.

Schadorganismen von Pflanzen für Zwecke der wissenschaftlichen Forschung, Ausbildung oder einer anderen bestimmten Verwendung zu treffen.

6. Nothing in this Article shall prevent any contracting party from taking appropriate emergency action on the detection of a pest posing a potential threat to its territories or the report of such a detection. Any such action shall be evaluated as soon as possible to ensure that its continuance is justified. The action taken shall be immediately reported to contracting parties concerned, the Secretary, and any regional plant protection organization of which the contracting party is a member.

6. Aucune disposition du présent article n'empêche les parties contractantes de prendre des mesures d'urgence appropriées suite à la détection d'un organisme nuisible représentant des menaces potentielles pour leur territoire, ou suite à un rapport concernant une telle détection. Toute mesure de cet ordre doit être évaluée dès que possible afin de s'assurer que sa poursuite est justifiée. Les mesures ainsi prises doivent être immédiatement signalées aux parties contractantes concernées, au Secrétaire, et à toute organisation régionale de la protection des végétaux dont la partie contractante est membre.

(6) Dieser Artikel hindert keine Vertragspartei daran, bei der Feststellung eines Schadorganismus, der eine mögliche Gefahr für ihr Hoheitsgebiet darstellt, oder bei der Meldung einer solchen Feststellung geeignete Notmaßnahmen zu treffen. Diese Maßnahmen sind so bald wie möglich zu bewerten, um sicherzustellen, dass ihre Fortführung gerechtfertigt ist. Die getroffenen Maßnahmen sind den betroffenen Vertragsparteien, dem Sekretär und jeder regionalen Pflanzenschutzorganisation, deren Mitglied die Vertragspartei ist, umgehend mitzuteilen.

Article VIII

International cooperation

1. The contracting parties shall cooperate with one another to the fullest practicable extent in achieving the aims of this Convention, and shall in particular:

a) cooperate in the exchange of information on plant pests, particularly the reporting of the occurrence, outbreak or spread of pests that may be of immediate or potential danger, in accordance with such procedures as may be established by the Commission;

b) participate, in so far as is practicable, in any special campaigns for combatting pests that may seriously threaten crop production and need international action to meet the emergencies; and

c) cooperate, to the extent practicable, in providing technical and biological information necessary for pest risk analysis.

2. Each contracting party shall designate a contact point for the exchange of information connected with the implementation of this Convention.

Article VIII

Collaboration internationale

1. Les parties contractantes collaboreront dans toute la mesure possible à la réalisation des objectifs de la présente Convention, et en particulier:

a) coopéreront à l'échange d'informations sur les organismes nuisibles, en particulier la notification de la présence, de l'apparition ou de la dissémination d'organismes nuisibles pouvant présenter un danger immédiat ou potentiel, conformément aux procédures qui pourront être établies par la Commission;

b) participeront, dans toute la mesure possible, à toute campagne spéciale de lutte contre des organismes nuisibles pouvant menacer sérieusement les récoltes et exigeant une action internationale pour parer aux situations d'urgence;

c) coopéreront, dans toute la mesure possible, à la fourniture des données techniques et biologiques nécessaires à l'analyse du risque phytosanitaire.

2. Chaque partie contractante doit désigner un point de contact pour les échanges d'informations concernant l'application de la présente Convention.

Artikel VIII

Internationale Zusammenarbeit

(1) Die Vertragsparteien arbeiten so weit wie praktisch möglich bei der Verwirklichung der Ziele dieses Übereinkommens zusammen; insbesondere

a) arbeiten sie nach den gegebenenfalls von der Kommission festgelegten Verfahren beim Informationsaustausch über Schadorganismen von Pflanzen, insbesondere bei der Meldung des Vorkommens, des Ausbruchs oder der Verbreitung von Schadorganismen, die eine unmittelbare oder mögliche Gefahr darstellen können, zusammen;

b) beteiligen sie sich soweit praktisch möglich an jeder besonderen Kampagne zur Bekämpfung von Schadorganismen, welche die Pflanzenerzeugung ernstlich bedrohen können und Notmaßnahmen auf internationaler Ebene erforderlich machen;

c) arbeiten sie im praktisch möglichen Umfang bei der Bereitstellung technischer und biologischer Informationen zusammen, die für die Risikoanalyse von Schadorganismen erforderlich sind.

(2) Jede Vertragspartei bestimmt eine Kontaktstelle für den Austausch von Informationen im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Übereinkommens.

Article IX

Regional plant protection organizations

1. The contracting parties undertake to cooperate with one another in establishing regional plant protection organizations in appropriate areas.

2. The regional plant protection organizations shall function as the coordinating bodies in the areas covered, shall participate in various activities to achieve the objectives of this Convention and, where appropriate, shall gather and disseminate information.

Article IX

Organisations régionales de la protection des végétaux

1. Les parties contractantes s'engagent à collaborer pour établir, dans les régions appropriées, des organisations régionales de la protection des végétaux.

2. Ces organisations doivent exercer un rôle coordonnateur dans les régions de leur compétence, prendre part à différentes activités pour atteindre les objectifs de la présente Convention et, le cas échéant, rassembler et diffuser des informations.

Artikel IX

Regionale Pflanzenschutzorganisationen

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich zur Zusammenarbeit bei der Errichtung regionaler Pflanzenschutzorganisationen in geeigneten Gebieten.

(2) Die regionalen Pflanzenschutzorganisationen nehmen in den ihnen unterstehenden Gebieten Koordinierungsaufgaben wahr, beteiligen sich an verschiedenen Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele dieses Übereinkommens und sammeln und verbreiten gegebenenfalls Informationen.

3. The regional plant protection organizations shall cooperate with the Secretary in achieving the objectives of the Convention and, where appropriate, cooperate with the Secretary and the Commission in developing international standards.

4. The Secretary will convene regular Technical Consultations of representatives of regional plant protection organizations to:

a) promote the development and use of relevant international standards for phytosanitary measures; and

b) encourage inter-regional cooperation in promoting harmonized phytosanitary measures for controlling pests and in preventing their spread and/or introduction.

3. Les organisations régionales de la protection des végétaux coopéreront avec le Secrétaire en vue de réaliser les objectifs de la présente Convention et, le cas échéant, coopéreront avec le Secrétaire et la Commission pour l'élaboration de normes internationales.

4. Le Secrétaire convoquera des consultations techniques régulières des représentants des organisations régionales de la protection des végétaux pour:

(a) promouvoir l'établissement et l'utilisation de normes internationales appropriées concernant les mesures phytosanitaires;

(b) encourager une coopération interrégionale pour la promotion de mesures phytosanitaires harmonisées pour la lutte contre les organismes nuisibles et pour prévenir leur dissémination et/ou leur introduction.

(3) Die regionalen Pflanzenschutzorganisationen arbeiten bei der Verwirklichung der Ziele des Übereinkommens mit dem Sekretär zusammen; gegebenenfalls arbeiten sie bei der Entwicklung internationaler Standards mit dem Sekretär und der Kommission zusammen.

(4) Der Sekretär beruft regelmäßige technische Konsultationen der Vertreter der regionalen Pflanzenschutzorganisationen ein, um

a) die Entwicklung und Anwendung einschlägiger internationaler Standards für pflanzengesundheitliche Maßnahmen zu fördern und

b) die interregionale Zusammenarbeit bei der Förderung harmonisierter pflanzengesundheitlicher Maßnahmen zur Bekämpfung von Schadorganismen und zur Verhütung ihrer Verbreitung und/oder Einschleppung zu unterstützen.

Article X

Standards

1. The contracting parties agree to cooperate in the development of international standards in accordance with the procedures adopted by the Commission.

2. International standards shall be adopted by the Commission.

3. Regional standards should be consistent with the principles of this Convention; such standards may be deposited with the Commission for consideration as candidates for international standards for phytosanitary measures if more broadly applicable.

4. Contracting parties should take into account, as appropriate, international standards when undertaking activities related to this Convention.

Article X

Normes

1. Les parties contractantes s'engagent à coopérer à l'élaboration de normes internationales, conformément aux procédures adoptées par la Commission.

2. Ces normes internationales seront adoptées par la Commission.

3. Les normes régionales devraient être conformes aux principes de la présente Convention; ces normes peuvent être déposées auprès de la Commission pour examen afin d'envisager de les transformer en normes internationales pour les mesures phytosanitaires si elles sont plus largement applicables.

4. Les parties contractantes devraient tenir compte, le cas échéant, des normes internationales lorsqu'elles entreprennent des activités liées à la présente Convention.

Artikel X

Standards

(1) Die Vertragsparteien vereinbaren, bei der Entwicklung internationaler Standards nach den von der Kommission verabschiedeten Verfahren zusammenzuarbeiten.

(2) Internationale Standards werden von der Kommission verabschiedet.

(3) Regionale Standards sollen mit den Grundsätzen dieses Übereinkommens vereinbar sein; diese Standards können, wenn sie breiter anwendbar sind, der Kommission zur Prüfung als mögliche internationale Standards für pflanzengesundheitliche Maßnahmen vorgelegt werden.

(4) Die Vertragsparteien sollen gegebenenfalls internationale Standards bei der Durchführung von Tätigkeiten im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen berücksichtigen.

Article XI

Commission on Phytosanitary Measures

1. Contracting parties agree to establish the Commission on Phytosanitary Measures within the framework of the Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO).

2. The functions of the Commission shall be to promote the full implementation of the objectives of the Convention and, in particular, to:

a) review the state of plant protection in the world and the need for action to control the international spread of pests and their introduction into endangered areas;

b) establish and keep under review the necessary institutional arrangements and procedures for the development and adoption of international stand-

Article XI

Commission des mesures phytosanitaires

1. Les parties contractantes s'engagent à créer la Commission des mesures phytosanitaires dans le cadre de l'Organisation des Nations Unies pour l'alimentation et l'agriculture (FAO).

2. La Commission aura pour fonctions de promouvoir la pleine réalisation des objectifs de la présente Convention et, en particulier:

(a) de suivre la situation en ce qui concerne la protection des végétaux dans le monde et la nécessité d'agir pour empêcher la dissémination internationale des organismes nuisibles et leur introduction dans les zones menacées;

(b) de mettre en place et de revoir périodiquement les dispositions et les procédures institutionnelles nécessaires pour l'élaboration et l'adoption des normes

Artikel XI

Kommission für pflanzengesundheitliche Maßnahmen

(1) Die Vertragsparteien vereinbaren die Errichtung der Kommission für pflanzengesundheitliche Maßnahmen im Rahmen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO).

(2) Die Aufgaben der Kommission bestehen darin, die vollständige Verwirklichung der Ziele des Übereinkommens zu fördern und insbesondere

a) die Pflanzenschutzsituation weltweit sowie den Handlungsbedarf zur Bekämpfung der internationalen Verbreitung von Schadorganismen und ihrer Einschleppung in gefährdete Gebiete zu prüfen;

b) die notwendigen institutionellen Maßnahmen und Verfahren für die Entwicklung und Verabschiedung internationaler Standards festzulegen und laufend

ards, and to adopt international standards;

c) establish rules and procedures for the resolution of disputes in accordance with Article XIII;

d) establish such subsidiary bodies of the Commission as may be necessary for the proper implementation of its functions;

e) adopt guidelines regarding the recognition of regional plant protection organizations;

f) establish cooperation with other relevant international organizations on matters covered by this Convention;

g) adopt such recommendations for the implementation of the Convention as necessary; and

h) perform such other functions as may be necessary to the fulfilment of the objectives of this Convention.

3. Membership in the Commission shall be open to all contracting parties.

4. Each contracting party may be represented at sessions of the Commission by a single delegate who may be accompanied by an alternate, and by experts and advisers. Alternates, experts and advisers may take part in the proceedings of the Commission but may not vote, except in the case of an alternate who is duly authorized to substitute for the delegate.

5. The contracting parties shall make every effort to reach agreement on all matters by consensus. If all efforts to reach consensus have been exhausted and no agreement is reached, the decision shall, as a last resort, be taken by a two-thirds majority of the contracting parties present and voting.

6. A member organization of FAO that is a contracting party and the member states of that member organization that are contracting parties shall exercise their membership rights and fulfil their membership obligations in accordance, *mutatis mutandis*, with the Constitution and General Rules of FAO.

7. The Commission may adopt and amend, as required, its own Rules of Procedure, which shall not be inconsistent with this Convention or with the Constitution of FAO.

8. The Chairperson of the Commission shall convene an annual regular session of the Commission.

9. Special sessions of the Commission shall be convened by the Chairperson of the Commission at the request of at least one-third of its members.

10. The Commission shall elect its Chairperson and no more than two Vice-

internationales, ainsi que d'adopter ces normes internationales;

(c) de fixer des règles et procédures pour le règlement des différends, conformément à l'article XIII;

(d) de créer les organismes subsidiaires qu'elle jugera nécessaires pour s'acquitter correctement de ses fonctions;

(e) d'adopter des directives concernant la reconnaissance des organisations régionales de la protection des végétaux;

(f) d'établir une coopération avec les autres organisations internationales compétentes dans les domaines visés par la présente Convention;

(g) d'adopter toute recommandation qu'elle jugera utile à l'application de la présente Convention;

(h) de s'acquitter de toute autre fonction nécessaire à la réalisation des objectifs de la présente Convention.

3. La Commission sera ouverte à toutes les parties contractantes.

4. Chaque partie contractante peut être représentée aux sessions de la Commission par un délégué, qui peut être accompagné d'un suppléant, ainsi que d'experts et de conseillers. Les suppléants, les experts et les conseillers peuvent participer aux délibérations de la Commission mais ne sont pas autorisés à voter, sauf dans le cas où un suppléant est dûment autorisé à remplacer un délégué.

5. Les parties contractantes feront leur possible pour parvenir à un accord sur toutes les questions par consensus. Si toutes les tentatives pour parvenir à un accord par consensus échouent, la décision sera prise, en dernier ressort, par la majorité des deux tiers des parties contractantes présentes et votantes.

6. Une organisation membre de la FAO qui est partie contractante et les États membres de cette organisation qui sont parties contractantes exercent les droits et s'acquittent des obligations liés à leur qualité de membre, conformément, *mutatis mutandis*, à l'Acte constitutif et au Règlement général de la FAO.

7. La Commission peut adopter et modifier, au besoin, son propre Règlement intérieur, qui ne doit pas être incompatible avec les dispositions de la présente Convention ni de l'Acte constitutif de la FAO.

8. Le Président de la Commission convoque tous les ans une session ordinaire de la Commission.

9. Des sessions extraordinaires de la Commission seront convoquées par le Président de la Commission à la demande d'au moins un tiers de ses membres.

10. La Commission élit son Président et au maximum deux Vice-Présidents, qui

zu überprüfen sowie internationale Normen zu verabschieden;

c) Regeln und Verfahren für die Beilegung von Streitigkeiten nach Artikel XIII festzulegen;

d) Nebenorgane der Kommission einzusetzen, wenn dies für die ordnungsgemäße Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist;

e) Leitlinien für die Anerkennung der regionalen Pflanzenschutzorganisationen zu verabschieden;

f) mit anderen einschlägigen internationalen Organisationen in Angelegenheiten, auf die sich dieses Übereinkommen erstreckt, zusammenzuarbeiten;

g) soweit erforderlich Empfehlungen für die Durchführung des Übereinkommens zu verabschieden und

h) sonstige Aufgaben wahrzunehmen, die für die Erreichung der Ziele dieses Übereinkommens erforderlich sind.

(3) Die Mitgliedschaft in der Kommission steht allen Vertragsparteien offen.

(4) Jede Vertragspartei kann auf Tagungen der Kommission von einem Delegierten vertreten werden, der von einem Stellvertreter sowie von Sachverständigen und Beratern begleitet werden kann. Stellvertreter, Sachverständige und Berater dürfen an den Beratungen der Kommission, aber nicht an Abstimmungen teilnehmen, es sei denn, es handelt sich um einen Stellvertreter, der ordnungsgemäß bevollmächtigt ist, den Delegierten zu vertreten.

(5) Die Vertragsparteien bemühen sich nach besten Kräften, in allen Fragen eine Einigung durch Konsens zu erzielen. Sind alle Anstrengungen zur Erzielung eines Konsenses erschöpft und wird keine Einigung erzielt, so wird die Entscheidung schließlich durch Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien getroffen.

(6) Die Ausübung der Mitgliedsrechte und die Erfüllung der Mitgliedspflichten durch eine Mitgliedsorganisation der FAO, die eine Vertragspartei ist, sowie durch die Mitgliedstaaten dieser Mitgliedsorganisation, die Vertragsparteien sind, erfolgt sinngemäß nach der Satzung und Geschäftsordnung der FAO.

(7) Die Kommission kann, soweit erforderlich, ihre eigene Geschäftsordnung, die nicht im Widerspruch zu diesem Übereinkommen oder zur Satzung der FAO stehen darf, beschließen und ändern.

(8) Einmal im Jahr beruft der Vorsitzende der Kommission eine ordentliche Tagung der Kommission ein.

(9) Außerordentliche Tagungen der Kommission werden vom Vorsitzenden der Kommission auf Ersuchen von mindestens einem Drittel ihrer Mitglieder einberufen.

(10) Die Kommission wählt ihren Vorsitzenden und nicht mehr als zwei stellvertre-

Chairpersons, each of whom shall serve for a term of two years.

restent chacun en fonction pour un mandat de deux ans.

tende Vorsitzende, deren Amtszeit jeweils zwei Jahre beträgt.

Article XII

Secretariat

1. The Secretary of the Commission shall be appointed by the Director-General of FAO.

2. The Secretary shall be assisted by such secretariat staff as may be required.

3. The Secretary shall be responsible for implementing the policies and activities of the Commission and carrying out such other functions as may be assigned to the Secretary by this Convention and shall report thereon to the Commission.

4. The Secretary shall disseminate:

a) international standards to all contracting parties within sixty days of adoption;

b) to all contracting parties, lists of points of entry under Article VII paragraph 2(d) communicated by contracting parties;

c) lists of regulated pests whose entry is prohibited or referred to in Article VII paragraph 2(i) to all contracting parties and regional plant protection organizations;

d) information received from contracting parties on phytosanitary requirements, restrictions and prohibitions referred to in Article VII paragraph 2(b), and descriptions of official national plant protection organizations referred to in Article IV paragraph 4.

5. The Secretary shall provide translations in the official languages of FAO of documentation for meetings of the Commission and international standards.

6. The Secretary shall cooperate with regional plant protection organizations in achieving the aims of the Convention.

Article XII

Secrétariat

1. Le Secrétaire de la Commission est nommé par le Directeur général de la FAO.

2. Le Secrétaire est secondé, selon les besoins, par du personnel de secrétariat.

3. Le Secrétaire est responsable de la mise en œuvre des politiques et activités de la Commission et de toute autre fonction qui lui est attribuée aux termes des dispositions de la présente Convention, et il fait rapport à ce sujet à la Commission.

4. Le Secrétaire se charge de la diffusion:

(a) des normes internationales auprès de toutes les parties contractantes, dans un délai maximum de soixante jours à compter de leur adoption;

(b) des listes reçues des parties contractantes sur les points d'entrée, comme prévu à l'article VII paragraphe 2 (d), auprès de toutes les parties contractantes;

(c) des listes d'organismes nuisibles réglementés, dont l'introduction est interdite ou auxquels il est fait référence à l'article VII paragraphe 2 (i) auprès de toutes les parties contractantes et organisations régionales de la protection des végétaux;

(d) des informations reçues des parties contractantes sur les exigences, restrictions et interdictions phytosanitaires visées à l'article VII paragraphe 2 (b) et les descriptions des organisations nationales officielles de la protection des végétaux visées à l'article IV paragraphe 4.

5. Le Secrétaire assurera la traduction dans les langues officielles de la FAO de la documentation pour les réunions de la Commission et des normes internationales.

6. Le Secrétaire coopérera avec les organisations régionales de la protection des végétaux à la réalisation des objectifs de la présente Convention.

Artikel XII

Das Sekretariat

(1) Der Sekretär der Kommission wird vom Generaldirektor der FAO ernannt.

(2) Der Sekretär wird erforderlichenfalls von Sekretariatspersonal unterstützt.

(3) Der Sekretär ist für die Durchführung der Maßnahmen und Tätigkeiten der Kommission sowie für die Wahrnehmung anderer Aufgaben zuständig, die dieses Übereinkommen dem Sekretär zuweist; er erstattet der Kommission hierüber Bericht.

(4) Der Sekretär übermittelt

a) allen Vertragsparteien internationale Standards innerhalb von sechzig Tagen nach ihrer Verabschiedung;

b) allen Vertragsparteien Verzeichnisse der von den Vertragsparteien mitgeteilten Grenzübergangsstellen nach Artikel VII Absatz 2 Buchstabe d;

c) allen Vertragsparteien und regionalen Pflanzenschutzorganisationen Listen der geregelten Schadorganismen, deren Einfuhr verboten ist oder die in Artikel VII Absatz 2 Buchstabe i bezeichnet sind;

d) die von den Vertragsparteien erhaltenen Informationen über pflanzengesundheitliche Vorschriften, Einschränkungen und Verbote, die in Artikel VII Absatz 2 Buchstabe b bezeichnet sind, sowie Berichte über die in Artikel IV Absatz 4 genannten innerstaatlichen amtlichen Pflanzenschutzorganisationen.

(5) Der Sekretär stellt Übersetzungen der Dokumente für die Sitzungen der Kommission sowie der internationalen Normen in den Amtssprachen der FAO zur Verfügung.

(6) Der Sekretär arbeitet mit den regionalen Pflanzenschutzorganisationen bei der Verwirklichung der Ziele des Übereinkommens zusammen.

Article XIII

Settlement of disputes

1. If there is any dispute regarding the interpretation or application of this Convention, or if a contracting party considers that any action by another contracting party is in conflict with the obligations of the latter under Articles V and VII of this Convention, especially regarding the basis of prohibiting or restricting the imports of plants, plant products or other regulated articles coming from its territories, the contracting parties concerned shall con-

Article XIII

Règlement des différends

1. En cas de contestation sur l'interprétation ou l'application de la présente Convention, ou bien lorsqu'une partie contractante considère qu'une action entreprise par une autre partie contractante est incompatible avec les obligations qu'imposent à cette dernière les articles V et VII de la présente Convention, particulièrement en ce qui concerne les motifs d'une interdiction ou d'une restriction à l'importation de végétaux, produits végé-

Artikel XIII

Beilegung von Streitigkeiten

(1) Ergeben sich Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens oder ist eine Vertragspartei der Auffassung, dass eine von einer anderen Vertragspartei getroffene Maßnahme mit den Verpflichtungen unvereinbar ist, die dieser nach den Artikeln V und VII obliegen, insbesondere bezüglich der Gründe eines Verbots oder einer Beschränkung der Einfuhr von Pflanzen, Pflanzenerzeugnissen oder sonstigen ge-

sult among themselves as soon as possible with a view to resolving the dispute.

2. If the dispute cannot be resolved by the means referred to in paragraph 1, the contracting party or parties concerned may request the Director-General of FAO to appoint a committee of experts to consider the question in dispute, in accordance with rules and procedures that may be established by the Commission.

3. This Committee shall include representatives designated by each contracting party concerned. The Committee shall consider the question in dispute, taking into account all documents and other forms of evidence submitted by the contracting parties concerned. The Committee shall prepare a report on the technical aspects of the dispute for the purpose of seeking its resolution. The preparation of the report and its approval shall be according to rules and procedures established by the Commission, and it shall be transmitted by the Director-General to the contracting parties concerned. The report may also be submitted, upon its request, to the competent body of the international organization responsible for resolving trade disputes.

4. The contracting parties agree that the recommendations of such a committee, while not binding in character, will become the basis for renewed consideration by the contracting parties concerned of the matter out of which the disagreement arose.

5. The contracting parties concerned shall share the expenses of the experts.

6. The provisions of this Article shall be complementary to and not in derogation of the dispute settlement procedures provided for in other international agreements dealing with trade matters.

Article XIV

Substitution of prior agreements

This Convention shall terminate and replace, between contracting parties, the International Convention respecting measures to be taken against the *Phylloxera vastatrix* of 3 November 1881, the additional Convention signed at Berne on 15 April 1889 and the International Convention for the Protection of Plants signed at Rome on 16 April 1929.

Article XV

Territorial application

1. Any contracting party may at the time of ratification or adherence or at any

taux ou autres articles réglementés provenant de son territoire, les parties contractantes intéressées se consultent dans les plus brefs délais en vue de régler le différend.

2. Si le différend ne peut être réglé comme indiqué au paragraphe 1 du présent article, la ou les partie(s) contractante(s) intéressée(s) peu(ven)t demander au Directeur général de la FAO de désigner un comité d'experts chargé d'examiner le différend conformément aux règles et procédures qui pourraient être adoptées par la Commission.

3. Le Comité visé au paragraphe 2 du présent article comprendra des représentants désignés par chaque partie contractante concernée. Le Comité examinera le différend en tenant compte de tous les documents et éléments probatoires présentés par les parties contractantes intéressées. Le Comité établira un rapport sur les aspects techniques du différend afin de chercher une solution. Ledit rapport sera rédigé et approuvé conformément aux règles et procédures établies par la Commission et sera transmis par le Directeur général aux parties contractantes intéressées. Le rapport pourra également être transmis, sur demande, à l'organe compétent de l'organisation internationale chargée de régler les différends commerciaux.

4. Tout en ne reconnaissant pas aux recommandations du Comité visé au paragraphe 2 du présent article un caractère obligatoire, les parties contractantes conviennent de les prendre comme bases de tout nouvel examen, par les parties contractantes intéressées, de la question qui est à l'origine du différend.

5. Les parties contractantes intéressées partageront les frais de la mission confiée aux experts.

6. Les dispositions du présent article constituent un complément et non une dérogation aux procédures de règlement des différends prévues par d'autres accords internationaux traitant de questions commerciales.

Article XIV

Substitution aux accords antérieurs

La présente Convention met fin et se substitue, dans les relations entre les parties contractantes, à la Convention internationale phylloxérique du 3 novembre 1881, à la Convention additionnelle de Berne du 15 avril 1889 et à la Convention internationale de Rome du 16 avril 1929 sur la protection des végétaux.

Article XV

Application territoriale

1. Toute partie contractante peut, à la date de la ratification ou de l'adhésion, ou

regelten Artikeln aus dem Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei, so konsultieren die beteiligten Vertragsparteien einander so bald wie möglich mit dem Ziel, die Streitigkeit beizulegen.

(2) Kann die Streitigkeit nicht durch die in Absatz 1 genannten Mittel beigelegt werden, so kann die beteiligte Vertragspartei oder können die beteiligten Vertragsparteien den Generaldirektor der FAO ersuchen, nach den gegebenenfalls von der Kommission festgelegten Regeln und Verfahren einen Sachverständigenausschuss zur Prüfung der Streitigkeit einzusetzen.

(3) Diesem Ausschuss gehören Vertreter an, die jede beteiligte Vertragspartei benennt. Der Ausschuss prüft die Streitigkeit unter Berücksichtigung aller von den beteiligten Vertragsparteien vorgelegten Unterlagen und sonstigen Beweismittel. Der Ausschuss erstellt einen Bericht über die fachlichen Aspekte der Streitigkeit, um ihre Beilegung herbeizuführen. Die Erstellung des Berichts und seine Billigung erfolgen nach den von der Kommission festgelegten Regeln und Verfahren; der Generaldirektor übermittelt diesen Bericht den beteiligten Vertragsparteien. Auf Ersuchen kann der Bericht auch der zuständigen Stelle der internationalen Organisation, die für die Beilegung von Handelsstreitigkeiten verantwortlich ist, übermittelt werden.

(4) Die Vertragsparteien erkennen zwar den Empfehlungen dieses Ausschusses keinen verbindlichen Charakter zu, vereinbaren aber, dass die beteiligten Vertragsparteien sie jeder neuerlichen Prüfung der Streitfrage zu Grunde zu legen haben.

(5) Die beteiligten Vertragsparteien teilen sich die Kosten der Sachverständigen.

(6) Dieser Artikel ergänzt die in anderen völkerrechtlichen Übereinkünften über Handelsfragen vorgesehenen Streitbeilegungsverfahren und weicht nicht von ihnen ab.

Artikel XIV

Ersetzung früherer Übereinkünfte

Dieses Übereinkommen setzt in den Beziehungen zwischen den Vertragsparteien die Internationale Reblaus-Konvention vom 3. November 1881, das Berner Zusatzabkommen vom 15. April 1889 und das Internationale Pflanzenschutzabkommen von Rom vom 16. April 1929 außer Kraft und tritt an ihre Stelle.

Artikel XV

Räumlicher Geltungsbereich

(1) Jede Vertragspartei kann im Zeitpunkt der Ratifikation oder des Beitritts

time thereafter communicate to the Director-General of FAO a declaration that this Convention shall extend to all or any of the territories for the international relations of which it is responsible, and this Convention shall be applicable to all territories specified in the declaration as from the thirtieth day after the receipt of the declaration by the Director-General.

2. Any contracting party which has communicated to the Director-General of FAO a declaration in accordance with paragraph 1 of this Article may at any time communicate a further declaration modifying the scope of any former declaration or terminating the application of the provisions of the present Convention in respect of any territory. Such modification or termination shall take effect as from the thirtieth day after the receipt of the declaration by the Director-General.

3. The Director-General of FAO shall inform all contracting parties of any declaration received under this Article.

Article XVI

Supplementary agreements

1. The contracting parties may, for the purpose of meeting special problems of plant protection which need particular attention or action, enter into supplementary agreements. Such agreements may be applicable to specific regions, to specific pests, to specific plants and plant products, to specific methods of international transportation of plants and plant products, or otherwise supplement the provisions of this Convention.

2. Any such supplementary agreements shall come into force for each contracting party concerned after acceptance in accordance with the provisions of the supplementary agreements concerned.

3. Supplementary agreements shall promote the intent of this Convention and shall conform to the principles and provisions of this Convention, as well as to the principles of transparency, non-discrimination and the avoidance of disguised restrictions, particularly on international trade.

Article XVII

Ratification and adherence

1. This Convention shall be open for signature by all states until 1 May 1952 and shall be ratified at the earliest possible date. The instruments of ratification shall be deposited with the Director-General of FAO, who shall give notice of the date of deposit to each of the signatory states.

à tout moment après cette date, communiquer au Directeur général de la FAO une déclaration indiquant que la présente Convention est applicable à tout ou partie des territoires dont elle assure la représentation sur le plan international. Cette décision prendra effet trente jours après réception par le Directeur général de la déclaration portant désignation desdits territoires.

2. Toute partie contractante qui a transmis au Directeur général de la FAO une déclaration, conformément au paragraphe 1 du présent article, peut à tout moment communiquer une nouvelle déclaration modifiant la portée d'une déclaration précédente, ou mettant fin à l'application des dispositions de la présente Convention dans n'importe quel territoire. Cette déclaration prendra effet trente jours après la date de sa réception par le Directeur général.

3. Le Directeur général de la FAO informera toutes les parties contractantes des déclarations qu'il aura reçues en application du présent article.

Article XVI

Accords complémentaires

1. Les parties contractantes peuvent, afin de résoudre des problèmes spécifiques de protection des végétaux nécessitant une attention ou une action particulière, conclure des accords complémentaires. De tels accords peuvent être applicables à des régions, à des organismes nuisibles, à des végétaux et produits végétaux spécifiques, ainsi qu'à des modes spécifiques de transport international des végétaux et produits végétaux, ou peuvent compléter de toute autre manière les dispositions de la présente Convention.

2. Tout accord complémentaire de cette nature entrera en vigueur, pour chaque partie contractante concernée, après avoir été accepté conformément aux dispositions des accords complémentaires concernés.

3. Les accords complémentaires favoriseront les objectifs de la présente Convention et seront conformes aux principes et dispositions de celle-ci, ainsi qu'aux principes de transparence, de non-discrimination et de non-recours à des restrictions déguisées, en particulier au commerce international.

Article XVII

Ratification et adhésion

1. La présente Convention est ouverte à la signature de tous les États jusqu'au 1er mai 1952 et sera ratifiée le plus tôt possible. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Directeur général de la FAO, qui avisera chaque État signataire de la date de ce dépôt.

oder jederzeit danach dem Generaldirektor der FAO eine Erklärung übermitteln, dass dieses Übereinkommen auf alle oder einzelne Hoheitsgebiete Anwendung findet, deren internationale Beziehungen sie wahrnimmt; das Übereinkommen tritt mit dem dreißigsten Tag nach Eingang der Erklärung beim Generaldirektor für alle darin bezeichneten Hoheitsgebiete in Kraft.

(2) Jede Vertragspartei, die dem Generaldirektor der FAO eine Erklärung nach Absatz 1 übermittelt hat, kann jederzeit eine neue Erklärung übermitteln, durch die der Geltungsbereich einer früheren Erklärung geändert oder die Anwendung des Übereinkommens auf ein bestimmtes Hoheitsgebiet beendet wird. Die Änderung oder die Beendigung der Anwendung wird mit dem dreißigsten Tag nach Eingang der Erklärung beim Generaldirektor wirksam.

(3) Der Generaldirektor der FAO unterrichtet alle Vertragsparteien von den nach diesem Artikel eingegangenen Erklärungen.

Artikel XVI

Ergänzungsübereinkommen

(1) Die Vertragsparteien können Ergänzungsübereinkommen schließen, um bestimmte Probleme des Pflanzenschutzes anzugehen, die besondere Aufmerksamkeit oder besondere Maßnahmen erfordern. Diese Übereinkommen können auf bestimmte Gebiete, auf bestimmte Schadorganismen, auf bestimmte Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse oder auf bestimmte Arten des internationalen Transports von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen Anwendung finden beziehungsweise anderweitig dieses Übereinkommen ergänzen.

(2) Jedes Ergänzungsübereinkommen tritt für jede betroffene Vertragspartei nach seiner Annahme im Einklang mit dem jeweiligen Ergänzungsübereinkommen in Kraft.

(3) Die Ergänzungsübereinkommen fördern die Ziele dieses Übereinkommens und stehen mit den Grundsätzen und Bestimmungen dieses Übereinkommens sowie den Grundsätzen der Transparenz, der Nichtdiskriminierung und der Vermeidung verschleierter Beschränkungen insbesondere des internationalen Handels im Einklang.

Artikel XVII

Ratifikation und Beitritt

(1) Dieses Übereinkommen liegt für alle Staaten bis zum 1. Mai 1952 zur Unterzeichnung auf; es ist so bald wie möglich zu ratifizieren. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generaldirektor der FAO hinterlegt; dieser benachrichtigt alle Unterzeichnerstaaten vom Zeitpunkt der Hinterlegung.

2. As soon as this Convention has come into force in accordance with Article XXII it shall be open for adherence by non-signatory states and member organizations of FAO. Adherence shall be effected by the deposit of an instrument of adherence with the Director-General of FAO, who shall notify all contracting parties.

3. When a member organization of FAO becomes a contracting party to this Convention, the member organization shall, in accordance with the provisions of Article II paragraph 7 of the FAO Constitution, as appropriate, notify at the time of its adherence such modifications or clarifications to its declaration of competence submitted under Article II paragraph 5 of the FAO Constitution as may be necessary in light of its acceptance of this Convention. Any contracting party to this Convention may, at any time, request a member organization of FAO that is a contracting party to this Convention to provide information as to which, as between the member organization and its member states, is responsible for the implementation of any particular matter covered by this Convention. The member organization shall provide this information within a reasonable time.

2. Les États qui n'ont pas signé la présente Convention et les organisations membres de la FAO non signataires seront admis à y adhérer dès qu'elle sera entrée en vigueur conformément à l'article XXII. L'adhésion s'effectuera par le dépôt d'un instrument d'adhésion auprès du Directeur général de la FAO qui en avisera toutes les parties contractantes.

3. Quand une organisation membre de la FAO devient partie contractante à la présente Convention, elle doit, conformément aux dispositions de l'article II paragraphe 7 de l'Acte constitutif de la FAO, selon qu'il convient, notifier au moment de son adhésion les modifications ou éclaircissements à la déclaration de compétence qu'elle a soumise en vertu de l'article II paragraphe 5 de l'Acte constitutif de la FAO, si cela est nécessaire compte tenu de son acceptation de la présente Convention. Toute partie contractante à la présente Convention peut, à tout moment, demander à une organisation membre de la FAO qui est partie contractante à ladite Convention d'indiquer qui, de l'organisation membre ou de ses États membres, est responsable de la mise en œuvre de telle ou telle question visée par cette Convention. L'organisation membre devra fournir cette information dans un délai raisonnable.

(2) Die Staaten, welche dieses Übereinkommen nicht unterzeichnet haben, und Mitgliedsorganisationen der FAO können ihm nach seinem Inkrafttreten in Übereinstimmung mit Artikel XXII beitreten. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generaldirektor der FAO; dieser benachrichtigt alle Vertragsparteien.

(3) Wird eine Mitgliedsorganisation der FAO Vertragspartei dieses Übereinkommens, so notifiziert die Mitgliedsorganisation nach Artikel II Absatz 7 der Satzung der FAO zum Zeitpunkt ihres Beitritts gegebenenfalls Änderungen oder Klarstellungen zu ihrer nach Artikel II Absatz 5 der Satzung der FAO abgegebenen Zuständigkeitserklärung, die im Hinblick auf ihre Annahme dieses Übereinkommens notwendig sein können. Jede Vertragspartei dieses Übereinkommens kann jederzeit eine Mitgliedsorganisation der FAO, die Vertragspartei dieses Übereinkommens ist, um Auskunft ersuchen, wer von der Mitgliedsorganisation beziehungsweise ihren Mitgliedstaaten für die Durchführung bestimmter durch dieses Übereinkommen erfasster Angelegenheiten zuständig ist. Die Mitgliedsorganisation erteilt diese Auskunft innerhalb eines angemessenen Zeitraums.

Article XVIII

Non-contracting parties

The contracting parties shall encourage any state or member organization of FAO, not a party to this Convention, to accept this Convention, and shall encourage any non-contracting party to apply phytosanitary measures consistent with the provisions of this Convention and any international standards adopted hereunder.

Article XVIII

Parties non contractantes

Les parties contractantes encourageront tout État ou toute organisation membre de la FAO n'étant pas partie à la présente Convention à accepter cette dernière et elles encourageront toute partie non contractante à appliquer des mesures phytosanitaires compatibles avec les dispositions de la présente Convention et avec toute norme internationale adoptée en vertu de celle-ci.

Artikel XVIII

Nichtvertragsparteien

Die Vertragsparteien ermutigen alle Staaten oder jede Mitgliedsorganisation der FAO, die nicht Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, dieses Übereinkommen anzunehmen; sie ermutigen jede Nichtvertragspartei, pflanzengesundheitliche Maßnahmen im Einklang mit diesem Übereinkommen und allen aufgrund dieses Übereinkommens verabschiedeten internationalen Standards anzuwenden.

Article XIX

Languages

1. The authentic languages of this Convention shall be all official languages of FAO.

2. Nothing in this Convention shall be construed as requiring contracting parties to provide and to publish documents or to provide copies of them other than in the language(s) of the contracting party, except as stated in paragraph 3 below.

3. The following documents shall be in at least one of the official languages of FAO:

a) information provided according to Article IV paragraph 4;

b) cover notes giving bibliographical data on documents transmitted according to Article VII paragraph 2(b);

Article XIX

Langues

1. Les langues authentiques de la présente Convention seront toutes les langues officielles de la FAO.

2. Aucune disposition de la présente Convention n'exige des parties contractantes la fourniture, la publication ou la reproduction de documents dans des langues autres que celle(s) de la partie contractante, sous réserve des exceptions indiquées au paragraphe 3 du présent article.

3. Les documents suivants seront rédigés dans au moins une des langues officielles de la FAO:

(a) renseignements communiqués conformément à l'article IV paragraphe 4;

(b) notes d'accompagnement indiquant les données bibliographiques relatives aux documents transmis conformément à l'article VII paragraphe 2 (b);

Artikel XIX

Sprachen

(1) Die verbindlichen Sprachen dieses Übereinkommens sind alle Amtssprachen der FAO.

(2) Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als verpflichte es die Vertragsparteien dazu, Dokumente zur Verfügung zu stellen und zu veröffentlichen oder Kopien hiervon zur Verfügung zu stellen, die nicht in der Sprache/den Sprachen der Vertragspartei abgefasst sind; hiervon ausgenommen sind die Regelungen des Absatzes 3.

(3) Die folgenden Dokumente sind in mindestens einer der Amtssprachen der FAO abzufassen:

a) nach Artikel IV Absatz 4 zur Verfügung gestellte Informationen;

b) Begleitnotizen mit bibliographischen Angaben über Dokumente, die nach Artikel VII Absatz 2 Buchstabe b übermittelt werden;

c) information provided according to Article VII paragraph 2(b), (d), (i) and (j);

d) notes giving bibliographical data and a short summary of relevant documents on information provided according to Article VIII paragraph 1(a);

e) requests for information from contact points as well as replies to such requests, but not including any attached documents;

f) any document made available by contracting parties for meetings of the Commission.

Article XX

Technical assistance

The contracting parties agree to promote the provision of technical assistance to contracting parties, especially those that are developing contracting parties, either bilaterally or through the appropriate international organizations, with the objective of facilitating the implementation of this Convention.

Article XXI

Amendment

1. Any proposal by a contracting party for the amendment of this Convention shall be communicated to the Director-General of FAO.

2. Any proposed amendment of this Convention received by the Director-General of FAO from a contracting party shall be presented to a regular or special session of the Commission for approval and, if the amendment involves important technical changes or imposes additional obligations on the contracting parties, it shall be considered by an advisory committee of specialists convened by FAO prior to the Commission.

3. Notice of any proposed amendment of this Convention, other than amendments to the Annex, shall be transmitted to the contracting parties by the Director-General of FAO not later than the time when the agenda of the session of the Commission at which the matter is to be considered is dispatched.

4. Any such proposed amendment of this Convention shall require the approval of the Commission and shall come into force as from the thirtieth day after acceptance by two-thirds of the contracting parties. For the purpose of this Article, an instrument deposited by a member organization of FAO shall not be counted as additional to those deposited by member states of such an organization.

5. Amendments involving new obligations for contracting parties, however, shall

(c) renseignements communiqués conformément à l'article VII paragraphe 2 (b), (d), (i) et (j);

(d) notes indiquant des données bibliographiques et un bref résumé des documents concernant les renseignements communiqués conformément à l'article VIII paragraphe 1 (a);

(e) demandes d'information adressées aux points de contact et réponses à ces demandes à l'exception des éventuels documents joints;

(f) documents fournis par les parties contractantes pour les réunions de la Commission.

Article XX

Assistance technique

Les parties contractantes s'engagent à promouvoir l'octroi d'une assistance technique aux parties contractantes, notamment aux parties contractantes en développement, par le biais de l'aide bilatérale ou des organisations internationales appropriées, en vue de faciliter l'application de la présente Convention.

Article XXI

Amendement

1. Toute proposition d'amendement à la présente Convention introduite par une partie contractante doit être communiquée au Directeur général de la FAO.

2. Toute proposition d'amendement à la présente Convention introduite par une partie contractante et reçue par le Directeur général de la FAO doit être soumise pour approbation à la Commission, réunie en session ordinaire ou extraordinaire. Si l'amendement implique d'importantes modifications d'ordre technique ou impose de nouvelles obligations aux parties contractantes, il sera étudié par un comité consultatif d'experts convoqué par la FAO avant la Commission.

3. Toute proposition d'amendement à la présente Convention, à l'exception des amendements à l'annexe, sera notifiée aux parties contractantes par le Directeur général de la FAO, au plus tard à la date de l'envoi de l'ordre du jour de la session de la Commission où doit être examinée cette proposition.

4. Toute proposition d'amendement à la présente Convention doit être adoptée par la Commission et prend effet à compter du trentième jour qui suit son acceptation par les deux tiers des parties contractantes. Aux fins du présent article, tout instrument déposé par une organisation membre de la FAO ne sera pas considéré comme venant s'ajouter aux instruments déposés par les États membres de cette organisation.

5. Les amendements qui impliquent de nouvelles obligations à la charge des par-

c) nach Artikel VII Absatz 2 Buchstaben b, d, i und j zur Verfügung gestellte Informationen;

d) Anmerkungen mit bibliographischen Angaben und einer kurzen Zusammenfassung einschlägiger Dokumente über nach Artikel VIII Absatz 1 Buchstabe a bereitgestellte Informationen;

e) Anfragen bei den Kontaktstellen sowie Antworten auf diese Anfragen außer den beigefügten Dokumenten;

f) jedes Dokument, das von den Vertragsparteien für Sitzungen der Kommission zur Verfügung gestellt wird.

Artikel XX

Technische Unterstützung

Die Vertragsparteien kommen überein, die Bereitstellung technischer Unterstützung für andere Vertragsparteien, insbesondere Vertragsparteien, die Entwicklungsländer sind, entweder auf zweiseitiger Grundlage oder durch die zuständigen internationalen Organisationen zu fördern, um die Durchführung dieses Übereinkommens zu erleichtern.

Artikel XXI

Änderung

(1) Jeder Änderungsvorschlag einer Vertragspartei zu diesem Übereinkommen wird dem Generaldirektor der FAO übermittelt.

(2) Jeder Änderungsvorschlag zu diesem Übereinkommen, den eine Vertragspartei beim Generaldirektor der FAO einbringt, wird einer ordentlichen oder außerordentlichen Tagung der Kommission zur Genehmigung vorgelegt; werden mit einem Antrag wichtige Änderungen technischer Art vorgeschlagen oder legt er den Vertragsparteien zusätzliche Verpflichtungen auf, so wird er von einem beratenden Sachverständigenausschuss geprüft, der von der FAO vor der Kommission einberufen wird.

(3) Jeder Änderungsvorschlag zu diesem Übereinkommen, abgesehen von Änderungen der Anlage, wird den Vertragsparteien spätestens mit der Übersendung der Tagesordnung der Tagung der Kommission, auf der dieser Vorschlag geprüft werden soll, durch den Generaldirektor der FAO bekannt gegeben.

(4) Jeder Änderungsvorschlag zu diesem Übereinkommen bedarf der Zustimmung der Kommission; die Änderung tritt mit dem dreißigsten Tag nach ihrer Annahme durch zwei Drittel der Vertragsparteien in Kraft. Für die Zwecke dieses Artikels gilt eine von einer Mitgliedsorganisation der FAO hinterlegte Urkunde nicht als zusätzliche Urkunde zu denjenigen, die von Mitgliedstaaten dieser Organisation hinterlegt wurden.

(5) Änderungen, die neue Verpflichtungen der Vertragsparteien mit sich bringen,

come into force in respect of each contracting party only on acceptance by it and as from the thirtieth day after such acceptance. The instruments of acceptance of amendments involving new obligations shall be deposited with the Director-General of FAO, who shall inform all contracting parties of the receipt of acceptance and the entry into force of amendments.

6. Proposals for amendments to the model phytosanitary certificates set out in the Annex to this Convention shall be sent to the Secretary and shall be considered for approval by the Commission. Approved amendments to the model phytosanitary certificates set out in the Annex to this Convention shall become effective ninety days after their notification to the contracting parties by the Secretary.

7. For a period of not more than twelve months from an amendment to the model phytosanitary certificates set out in the Annex to this Convention becoming effective, the previous version of the phytosanitary certificates shall also be legally valid for the purpose of this Convention.

Article XXII

Entry into force

As soon as this Convention has been ratified by three signatory states it shall come into force among them. It shall come into force for each state or member organization of FAO ratifying or adhering thereafter from the date of deposit of its instrument of ratification or adherence.

Article XXIII

Denunciation

1. Any contracting party may at any time give notice of denunciation of this Convention by notification addressed to the Director-General of FAO. The Director-General shall at once inform all contracting parties.

2. Denunciation shall take effect one year from the date of receipt of the notification by the Director-General of FAO.

ties contractantes ne prennent effet toutefois, vis-à-vis de chaque partie contractante, qu'après avoir été acceptés par elle et à compter du trentième jour qui suit cette acceptation. Les instruments d'acceptation des amendements qui impliquent de nouvelles obligations doivent être déposés auprès du Directeur général de la FAO, qui informera toutes les parties contractantes de la réception desdits instruments et de l'entrée en vigueur desdits amendements.

6. Les propositions d'amendement aux modèles de certificat phytosanitaire, joints en annexe à la présente Convention, seront envoyées au Secrétaire et examinées et approuvées par la Commission. Les amendements approuvés aux modèles de certificat phytosanitaire figurant à l'annexe prendront effet dans un délai de quatre-vingt-dix jours à compter de leur notification aux parties contractantes par le Secrétaire.

7. Pendant une période n'excédant pas douze mois à partir du moment où un amendement aux modèles de certificat phytosanitaire figurant à l'annexe entre en vigueur, les versions antérieures du certificat resteront, elles aussi, juridiquement valables aux fins de la présente Convention.

Article XXII

Entrée en vigueur

La présente Convention entrera en vigueur entre les parties lorsque trois États signataires l'auront ratifiée. Elle entrera en vigueur pour tous les États ou organisations qui sont membres de la FAO à la date du dépôt de leur instrument de ratification ou d'adhésion.

Article XXIII

Dénonciation

1. Chacune des parties contractantes peut à tout moment faire savoir qu'elle dénonce la présente Convention par notification adressée au Directeur général de la FAO. Le Directeur général de la FAO en informera immédiatement toutes les parties contractantes.

2. Le dénonciation prendra effet un an après la date de réception de la notification par le Directeur général de la FAO.

treten jedoch für jede Vertragspartei erst in Kraft, nachdem sie von ihr angenommen worden sind, und zwar mit dem dreißigsten Tag nach dieser Annahme. Die Urkunden über die Annahme von Änderungen, die neue Verpflichtungen mit sich bringen, werden beim Generaldirektor der FAO hinterlegt; dieser setzt alle Vertragsparteien vom Eingang der Annahmeurkunden und vom Inkrafttreten der Änderungen in Kenntnis.

(6) Änderungsvorschläge zu den in der Anlage zu diesem Übereinkommen enthaltenen Mustern der Pflanzengesundheitszeugnisse werden dem Sekretär übermittelt und im Hinblick auf ihre Genehmigung durch die Kommission geprüft. Genehmigte Änderungen der in der Anlage zu diesem Übereinkommen enthaltenen Muster der Pflanzengesundheitszeugnisse treten neunzig Tage nach ihrer Notifikation an die Vertragsparteien durch den Sekretär in Kraft.

(7) Ab Inkrafttreten einer Änderung der in der Anlage zu diesem Übereinkommen enthaltenen Muster der Pflanzengesundheitszeugnisse ist die frühere Fassung der Zeugnisse noch für einen Zeitraum von längstens zwölf Monaten für die Zwecke dieses Übereinkommens gleichermaßen rechtsgültig.

Artikel XXII

Inkrafttreten

Sobald dieses Übereinkommen von drei Unterzeichnerstaaten ratifiziert worden ist, tritt es zwischen ihnen in Kraft. Für die anderen Staaten oder Mitgliedsorganisationen der FAO tritt es mit Hinterlegung ihrer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel XXIII

Kündigung

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen durch eine an den Generaldirektor der FAO gerichtete Notifikation jederzeit kündigen. Der Generaldirektor setzt alle Vertragsparteien hiervon sofort in Kenntnis.

(2) Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Generaldirektor der FAO wirksam.

Annex

Model Phytosanitary Certificate

No. ....

Plant Protection Organization of ....

TO: Plant Protection Organization(s) of ....

I. Description of Consignment

Name and address of exporter: ....

Declared name and address of consignee: ....

Number and description of packages: ....

Distinguishing marks: ....

Place of origin: ....

Declared means of conveyance: ....

Declared point of entry: ....

Name of produce and quantity declared: ....

Botanical name of plants: ....

This is to certify that the plants, plant products or other regulated articles described herein have been inspected and/or tested according to appropriate official procedures and are considered to be free from the quarantine pests specified by the importing contracting party and to conform with the current phytosanitary requirements of the importing contracting party, including those for regulated non-quarantine pests.

They are deemed to be practically free from other pests.*

II. Additional Declaration

III. Disinfestation and/or Disinfection Treatment

Date .... Treatment .... Chemical (active ingredient) ....

Duration and temperature ....

Concentration ....

Additional information ....

Place of issue ....

Name of authorized officer ....

Date ....

(Signature)

(Stamp of Organization)

No financial liability with respect to this certificate shall attach to ....
(name of Plant Protection Organization) or to any of its officers or representatives.*

* Optional clause

Model Phytosanitary Certificate for Re-Export

No. ....

Plant Protection Organization of .... (contracting party of re-export)

TO: Plant Protection Organization(s) of .... (contracting party(ies) of import)

I. Description of Consignment

Name and address of exporter: ....

Declared name and address of consignee: ....

Number and description of packages: ....

Distinguishing marks: ....

Place of origin: ....

Declared means of conveyance: ....

Declared point of entry: ....

Name of produce and quantity declared: ....

Botanical name of plants: ....

This is to certify that the plants, plant products or other regulated articles described above .... were imported into (contracting party of re-export) .... from .... (contracting party of origin) covered by Phytosanitary Certificate No. ...., *original ☐ certified true copy ☐ of which is attached to this certificate; that they are packed ☐ repacked ☐ in original ☐ *new ☐ containers, that based on the original phytosanitary certificate ☐ and additional inspection ☐, they are considered to conform with the current phytosanitary requirements of the importing contracting party, and that during storage in .... (contracting party of re-export), the consignment has not been subjected to the risk of infestation or infection.

---

* Insert tick in appropriate ☐ boxes

II. Additional Declaration

III. Disinfestation and/or Disinfection Treatment

Date .... Treatment .... Chemical (active ingredient) ....

Duration and temperature ....

Concentration ....

Additional information ....

Place of issue ....

Name of authorized officer ....

Date ....

(Signature)

(Stamp of Organization)

No financial liability with respect to this certificate shall attach to .... (name of Plant Protection Organization) or to any of its officers or representatives.**

** Optional clause

Annexe

Modèle de certificat phytosanitaire

N° ....

Organisation de la protection des végétaux de ....

A: Organisation(s) de la protection des végétaux de ....

I. Description de l'envoi

Nom et adresse de l'exportateur: ....

Nom et adresse déclarés du destinataire: ....

Nombre et nature des colis: ....

Marques des colis: ....

Lieu d'origine: ....

Moyen de transport déclaré: ....

Point d'entrée déclaré: ....

Nom du produit et quantité déclarée: ....

Nom botanique des végétaux: ....

Il est certifié que les végétaux, produits végétaux ou autres articles réglementés décrits ci-dessus ont été inspectés et/ou testés suivant des procédures officielles appropriées et estimés exempts d'organismes de quarantaine comme spécifié par la partie contractante importatrice; et qu'ils sont jugés conformes aux exigences phytosanitaires en vigueur de la partie contractante importatrice, y compris à celle concernant les organismes réglementés non de quarantaine.

Ils sont jugés pratiquement exempts d'autres organismes nuisibles.*)

II. Déclaration supplémentaire

III. Traitement de désinfestation et/ou de désinfection

Date .... Traitement .... Produit chimique (matière active) ....

Durée et température ....

Concentration ....

Renseignements complémentaires ....

Lieu de délivrance ....

Nom du fonctionnaire autorisé ....

Date ....

(Signature)

(Cachet de l' organisation)

Le présent certificat n'entraîne aucune responsabilité financière pour ....
(nom de l'Organisation de la protection des végétaux), ni pour aucun de ses agents ou représentants.*)

*) Clause facultative

Modèle de certificat phytosanitaire pour la réexportation

N° ....

Organisation de la protection des végétaux de .... (partie contractante de réexportation)

A: Organisation(s) de la protection des végétaux de .... (partie(s) contractante(s) d'importation)

I. Description de l'envoi

Nom et adresse de l'exportateur: ....

Nom et adresse déclarés du destinataire: ....

Nombre et nature des colis: ....

Marques des colis: ....

Lieu d'origine: ....

Moyen de transport déclaré: ....

Point d'entrée déclaré: ....

Nom du produit et quantité déclarée: ....

Nom botanique des végétaux: ....

Il est certifié que les végétaux, produits végétaux ou autres articles réglementés décrits ci-dessus ont été importés en .... (partie contractante de réexportation) en provenance de .... (partie contractante d'origine) et ont fait l'objet du Certificat phytosanitaire N° ...., dont l'original*) ☐ la copie authentifiée ☐ est annexé(e) au présent certificat; qu'ils sont emballés*) ☐ remballés ☐ dans les emballages initiaux*) ☐ dans de nouveaux emballages ☐; que d'après le Certificat phytosanitaire original*) ☐ et une inspection supplémentaire ☐, ils sont jugés conformes aux exigences phytosanitaires en vigueur de la partie contractante importatrice, et qu'au cours de l'emmagasinage en .... (partie contractante de réexportation) l'envoi n'a pas été exposé au risque d'infestation ou d'infection.

---

*) Mettre une croix dans la case ☐ appropriée.

II. Déclaration supplémentaire

III. Traitement de désinfestation et/ou de désinfection

Date .... Traitement .... Produit chimique (matière active) ....

Durée et température ....

Concentration ....

Renseignements complémentaires ....

Lieu de délivrance ....

Nom du fonctionnaire autorisé ....

Date ....

(Signature)

(Cachet de l' organisation)

Le présent certificat n'entraîne aucune responsabilité financière pour .... (nom de l'Organisation de la protection des végétaux), ni pour aucun de ses agents ou représentants.**)

**) Clause facultative

Anlage

Muster eines Pflanzengesundheitszeugnisses

Nr.: ....

Pflanzenschutzdienst von: ....

an: Pflanzenschutzdienst(e) von: ....

I. Beschreibung der Sendung

Name und Adresse des Absenders: ....

Name und Adresse des Empfängers: ....

Zahl und Beschreibung der Stücke: ....

Unterscheidungsmerkmale: ....

Ursprung: ....

Vorgesehenes Transportmittel: ....

Vorgesehener Grenzübertrittsort: ....

Name des Erzeugnisses und angegebene Menge: ....

Botanischer Name der Pflanzen: ....

Es wird hiermit bescheinigt, dass die hier beschriebenen Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse oder sonstigen geregelten Artikel nach geeigneten amtlichen Verfahren untersucht und/oder getestet und als frei von den durch die einführende Vertragspartei benannten Quarantäneschadorganismen befunden wurden und dass sie als den bestehenden pflanzengesundheitlichen Vorschriften der einführenden Vertragspartei – einschließlich derjenigen für geregelte Nicht-Quarantäneschadorganismen – entsprechend anzusehen sind.

Sie werden als praktisch frei von anderen Schadorganismen betrachtet.*)

II. Zusätzliche Erklärung

III. Entseuchung und/oder Desinfizierung

Datum: .... Behandlung: .... Chemikalie (Wirkstoff): ....

Dauer und Temperatur: ....

Konzentration: ....

Sonstige Angaben: ....

Ort der Ausstellung: ....

Name des amtlichen Beauftragten: ....

Datum ....

(Unterschrift)

(Dienstsiegel)

Mit diesem Zeugnis wird keine finanzielle Haftung seitens des ....
(Name des Pflanzenschutzdienstes) oder seiner Organe übernommen.*)

*) Klausel freigestellt

Muster eines pflanzensanitären Weiterversendungszeugnisses

Nr.: ....

Pflanzenschutzdienst von: .... (weiterversendende Vertragspartei)

an: Pflanzenschutzdienst(e) von: .... (einführende Vertragspartei(en))

I. Beschreibung der Sendung

Name und Adresse des Absenders: ....

Name und Adresse des Empfängers: ....

Zahl und Beschreibung der Stücke: ....

Unterscheidungsmerkmale: ....

Ursprung: ....

Vorgesehenes Transportmittel: ....

Vorgesehener Grenzübertrittsort: ....

Name des Erzeugnisses und angegebene Menge: ....

Botanischer Name der Pflanzen: ....

Hiermit wird bescheinigt, dass die oben beschriebenen Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse oder sonstigen geregelten Artikel aus .... (Ursprungsvertragspartei) nach .... (weiterversendende Vertragspartei) eingeführt worden sind und dass ihnen das Pflanzengesundheitszeugnis Nr. ...., dessen Original ☐*) oder beglaubigte Kopie ☐*) in der Anlage vorliegt, beigefügt war; dass sie in ihrer ursprünglichen Verpackung ☐*) in einer neuen Verpackung ☐*) befördert werden; dass aufgrund des ☐*) ursprünglichen Pflanzengesundheitszeugnisses ☐*) und einer zusätzlichen Untersuchung ☐*) die oben genannten Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse oder sonstigen geregelten Artikel als den bestehenden pflanzengesundheitlichen Vorschriften der einführenden Vertragspartei entsprechend befunden worden sind und während ihrer Einlagerung in .... (weiterversendende Vertragspartei) keiner Gefahr eines Befalls oder einer Infizierung ausgesetzt waren.

---

*) Zutreffendes jeweils ankreuzen.

II. Zusätzliche Erklärung

III. Entseuchung und/oder Desinfizierung

Datum: .... Behandlung: .... Chemikalie (Wirkstoff): ....

Dauer und Temperatur: ....

Konzentration: ....

Sonstige Angaben: ....

Ort der Ausstellung: ....

Name des amtlichen Beauftragten: ....

Datum ....

(Unterschrift)

(Dienstsiegel)

Mit diesem Zeugnis wird keine finanzielle Haftung seitens des .... (Name des Pflanzenschutzdienstes) oder seiner Organe übernommen.**)

**) Klausel freigestellt

Denkschrift

I. Allgemeiner Teil

1. Das Übereinkommen

Am 28. November 1979 hat die Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen die geänderte Fassung des Internationalen Pflanzenschutzübereinkommens (IPPC) angenommen. Die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesrepublik Deutschland haben durch Gesetz vom 12. August 1985 (BGBl. II S. 982) dieser Fassung zugestimmt. Sie ist am 21. August 1985 in Kraft getreten. Weltweit sind zurzeit 110 Staaten dem IPPC beigetreten. Vorläufer dieses Übereinkommens war das Internationale Pflanzenschutzabkommen vom 6. Dezember 1951.

Ziel des Übereinkommens ist es, international ein wirkungsvolles Vorgehen gegen die Ein- und Verschleppung gefährlicher Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse sicherzustellen, geeignete Bekämpfungsmethoden zu fördern und die Zusammenarbeit der Vertragsstaaten auf diesem Gebiet zu regeln.

Im Laufe der Geltungsdauer des IPPC zeigte sich das Erfordernis, das Übereinkommen den wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Weiterentwicklungen anzupassen. Die revidierte Fassung des IPPC aus dem Jahre 1997 spiegelt eine Aktualisierung und zeitgemäße Umsetzung von phytosanitären Konzepten wider. Sie verdeutlicht auch die Rolle des IPPC in Beziehung zu den im Rahmen der GATT-Uruguay-Runde durch die Welthandelsorganisation (WTO) gefassten Beschlüssen, insbesondere zum Übereinkommen über die Anwendung gesundheitspolizeilicher und phytosanitärer Maßnahmen (SPS-Abkommen). Das SPS-Abkommen benennt das IPPC als dasjenige Instrument, das den Regierungen einen bestimmten Maßnahmenkatalog zur Verfügung stellt, mit dessen Mitteln sie ihre pflanzlichen Ressourcen vor Schadorganismen schützen können. Das IPPC ergänzt das SPS-Abkommen in der Weise, dass es die internationalen Standards festlegt, nach denen auf einer wissenschaftlich fundierten Basis die notwendigen pflanzengesundheitlichen Maßnahmen vorgenommen werden können, ohne dass diese ein unzulässiges Handelshemmnis darstellen. Zurzeit haben 49 Staaten die revidierte Fassung des IPPC ratifiziert.

Durch das Pflanzenschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Mai 1998 (BGBl. I S. 971, 1527, 3512), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3082), und insbesondere durch die darauf beruhende Pflanzenbeschauverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. April 2000 (BGBl. I S. 337), zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. Juni 2003 (BGBl. I S. 799), sind für den Geltungsbereich des Vertragsgesetzes alle von dem Übereinkommen in seiner neuen Fassung angestrebten technischen und organisatorischen Voraussetzungen grundsätzlich geschaffen. Allerdings stimmen die Definitionen des Pflanzenschutzgesetzes zu den Begriffen „Pflanzen“ und „Pflanzenerzeugnisse“ nicht mit den Definitionen des Übereinkommens und der entsprechenden EG-Regelung überein. Um Probleme bei der Durchführung des Übereinkommens zu vermeiden, sollen daher auch die Definitionen des Pflanzenschutzgesetzes zu den genannten Begriffen angepasst werden.

Die Finanzierung der Aufwendungen im Rahmen des Übereinkommens erfolgt, soweit sie nicht die innerstaatliche Durchführung betreffen, wie bisher durch die FAO. Für die innerstaatliche Durchführung auf Bundesebene werden die Mittel durch Einsparung und Umschichtung im Einzelplan 1010 bereitgestellt.

2. Gründe für die Revision

Das IPPC hat sich bei der Verhinderung der Ein- und Verschleppung gefährlicher Schadorganismen der Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse grundsätzlich bewährt, indem es Möglichkeiten geschaffen hat, die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet auszubauen und zu verbessern. Mit der Revision galt es, den aktuellen internationalen Gegebenheiten und Entwicklungen im Pflanzenschutzrecht und im Recht internationaler Organisationen (z. B. dem SPS-Abkommen) allgemein Rechnung zu tragen und den Vertragstext dementsprechend anzupassen. Insbesondere soll mit der Schaffung einer Kommission für pflanzengesundheitliche Maßnahmen das Verfahren der Erarbeitung und Annahme internationaler phytosanitärer Standards effektiver gestaltet werden. Die Revision strebt auch an, den Informationsaustausch zwischen den Vertragsparteien zu intensivieren. Des Weiteren wurde der Vertragstext übersichtlicher gestaltet und somit die Verständlichkeit erhöht.

3. Inhalt der revidierten Akte

Die vorgenommenen Änderungen lassen sich zusammenfassen in solche fachlicher Art (erste Gruppe) sowie solche vertragsrechtlicher, administrativer und redaktioneller Art (zweite Gruppe). Zu den wichtigsten Änderungen der ersten Gruppe gehört die für die Vertragsparteien neu geschaffene Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen neben dem Erlass von pflanzengesundheitlichen Maßnahmen für Quarantäneschadorganismen auch solche für geregelte Nicht-Quarantäneschadorganismen verlangen zu können (Artikel VI). Unter Berücksichtigung des SPS-Abkommens wurden die Regelungen bezüglich der Einfuhrbestimmungen neu formuliert und die Anforderungen an die Verhängung von Einfuhrverboten verschärft (Artikel VII).

Die zweite Gruppe berücksichtigt unter anderem eine Vielzahl von neu hinzugekommenen Begriffsbestimmungen (Artikel II), die eingeführt wurden, um eine einheitliche Auslegung und Anwendung des IPPC zu gewährleisten. Des Weiteren wird nunmehr ausdrücklich festgelegt, dass das IPPC nicht die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aufgrund einschlägiger internationaler Abkommen berührt (Artikel III). Die Vorschriften über internationale Zusammenarbeit (Artikel VIII) und bezüglich der regionalen Pflanzenschutzorganisationen (Artikel IX) berücksichtigen vor allen Dingen notwendige redaktionelle Korrekturen. Die Einfügung der Regelung über die Erarbeitung und Anwendung von internationalen Normen (Artikel X) sowie diejenigen über die Einrichtung einer Kommission für pflanzengesundheitliche Maßnahmen (Artikel XI) und eines Sekretariats für diese Kommission (Artikel XII) tragen schwerpunktmäßig vertragsrechtlich und administrativ relevanten Änderungen Rechnung.

II. Besonderer Teil

Zu Artikel I

Ziele und Verpflichtungen

Die neue Fassung des Artikels ist in vier statt in bisher zwei Absätze gegliedert. Eine mögliche Erweiterung des Anwendungsbereiches des IPPC auf Lager, Verpackung, Beförderungsmittel, Behälter, Böden und auf andere Organismen, Gegenstände oder Materialien aller Art, die Schadorganismen der Pflanzen beherbergen oder verbreiten können, die bislang in Artikel II vorgesehen war, ist nunmehr in Absatz 4 dieser Bestimmung enthalten.

Zu Artikel II

Begriffsbestimmungen

Die neue Überschrift dieses Artikels, bisher trug er die Überschrift „Anwendungsbereich“, gibt den geänderten Inhalt der Vorschrift wieder. Waren bisher sowohl der Anwendungsbereich des IPPC als auch einzelne Begriffsbestimmungen in diesem Artikel geregelt, so finden sich hier nunmehr ausschließlich Definitionen einzelner Begriffe, die zudem präziser formuliert wurden. Enthielt bisher beispielsweise die Begriffsbestimmung für „Pflanzen“ in Artikel II Absatz 1, 1. Halbsatz umfangreiche Verweise auf andere Artikel des IPPC, so wird nunmehr der Begriff „Pflanzen“ in diesem Artikel abschließend definiert.

Zu Artikel III

Beziehungen zu anderen internationalen Übereinkommen

Die Regelungen des bisherigen Artikels III über Ergänzungsübereinkommen sind in Artikel XVI aufgenommen worden. Der neue Artikel III legt nunmehr fest, dass das IPPC nicht die Rechte und Pflichten von Vertragsparteien aus einschlägigen internationalen Übereinkommen berührt.

Zu Artikel IV

Allgemeine Bestimmungen über die organisatorischen Maßnahmen für den Pflanzenschutz in den einzelnen Staaten

Überschrift und Inhalt der Bestimmung wurden dahingehend geändert, dass nunmehr sowohl die „allgemeinen staatlichen Bestimmungen über die Einrichtung einer Pflanzenschutzorganisation“ als auch die bisherige spezielle Organisation „Organisation des Pflanzenschutzes“ durch diese Vorschrift geregelt werden. Die Bestimmung wurde darüber hinaus übersichtlicher strukturiert und die Aufgaben wurden präzisiert. Die Bestimmung wurde dahingehend geändert, dass nunmehr ein Bericht über die Tätigkeiten und Veränderungen in der Organisation dem neu geschaffenen Sekretär und nicht mehr dem Generaldirektor der FAO vorzulegen ist.

Zu Artikel V

Pflanzengesundheitliche Bescheinigung

Dieser Artikel wurde um die Klarstellung ergänzt, dass die Vertragsparteien die Übereinstimmung der ausgeführten Pflanzen, Pflanzenerzeugnisse und sonstiger geregelter Gegenstände und Sendungen mit der Zeugniserklärung sicherstellen. Daneben erfolgt eine übersichtlichere Neugliederung der Vorschrift.

Zu Artikel VI

Geregelte Schadorganismen

Mit diesem neu eingefügten Artikel wird das bisherige Übereinkommen mit den Vorschriften des SPS-Abkommens, insbesondere mit Artikel 2, in Übereinstimmung gebracht. Damit wird sichergestellt, dass keine willkürliche oder ungerechtfertigte Diskriminierung zwischen Staaten durch phytosanitäre Maßnahmen erfolgt und diese Maßnahmen auf das fachlich (zum Schutz der Pflanzengesundheit) gerechtfertigte und notwendige Maß begrenzt werden. Der bisherige Inhalt des Artikels VI wird in Artikel VII übernommen.

Zu Artikel VII

Einfuhrbestimmungen

In diesem Artikel sind weitgehend die Regelungen wie auch die Überschrift des bisherigen Artikels VI übernommen. Unter Berücksichtigung des SPS-Abkommens wurden die Regelungen bezüglich der Einfuhrbestimmungen neu formuliert und die Anforderungen an die Verhängung von Einfuhrverboten verschärft. Neben der Voraussetzung, dass sie „durch die Erfordernisse der Pflanzengesundheit bedingt“ sind, müssen sie nach Absatz 2 Buchstabe a auch „fachlich gerechtfertigt“ sein. Des Weiteren erfolgte eine übersichtlichere Neugliederung der Vorschrift.

Zu Artikel VIII

Internationale Zusammenarbeit

Die internationale Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien ist jetzt in Artikel VIII statt in Artikel VII geregelt. Der Text wurde übersichtlicher gegliedert und den Zielen der revidierten Fassung des Übereinkommens angepasst. So wurde in Absatz 2 eine Bestimmung eingefügt, nach der jede Vertragspartei eine Kontaktstelle für den Austausch von Informationen im Zusammenhang mit der Durchführung des Übereinkommens bestimmt.

Zu Artikel IX

Regionale Pflanzenschutzorganisationen

Dieser Artikel enthält im Wesentlichen die im bisherigen Artikel VIII enthaltenen Bestimmungen. Inhaltlich wurde in den Absätzen 3 und 4 der Schaffung einer Kommission und eines Sekretariats (Artikel XI und XII) Rechnung getragen.

Zu Artikel X

Standards

Diese inhaltlich neue Vorschrift regelt das Verfahren bei der Festsetzung internationaler phytosanitärer Standards. Sie sind von den Vertragsparteien bei der Ausstellung von Pflanzengesundheitszeugnissen zu berücksichtigen. Maßnahmen der Vertragsparteien zum Schutz der Pflanzengesundheit, die auf den Standards beruhen, sind

fachlich gerechtfertigt und keine ungerechtfertigten Handelshemmnisse im Sinne des SPS-Abkommens.

Zu Artikel XI

Kommission für pflanzengesundheitliche Maßnahmen

Mit dieser Vorschrift wird eine Kommission für pflanzengesundheitliche Maßnahmen im Rahmen der FAO errichtet. Die Aufgabe der Kommission, die auch schon bisher von der FAO wahrgenommen wurde, besteht darin, die vollständige Umsetzung der Ziele des Übereinkommens zu fördern. Ihre Errichtung erfolgt mit dem Ziel, die Erfüllung dieser Aufgabe zu beschleunigen.

Zu Artikel XII

Das Sekretariat

Gemäß Absatz 1 dieser Vorschrift wird ein Sekretär der Kommission durch den Generaldirektor der FAO ernannt. Dieser ist insbesondere für die Durchführung der Programme und Aktivitäten der Kommission zuständig. Nach Absatz 2 wird er erforderlichenfalls durch weiteres Personal unterstützt.

Zu Artikel XIII

Beilegung von Streitigkeiten

Die vormals in Artikel IX enthaltene Regelung über die Beilegung von Streitigkeiten findet sich jetzt in Artikel XIII. Anders als bisher beraten die beteiligten Vertragsparteien gemäß Absatz 1 zunächst untereinander, wie die Streitigkeit beizulegen ist, bevor sie ein Ersuchen an den Generaldirektor der FAO richten können, einen Sachverständigenausschuss zur Prüfung der Streitigkeit einzusetzen. In Absatz 6 wird ausdrücklich festgelegt, dass die Bestimmungen dieses Artikels die in anderen internationalen Vereinbarungen über Handelsfragen vorgesehenen Streitbeilegungsverfahren ergänzen und mit ihnen nicht im Widerspruch stehen.

Zu Artikel XIV

Ersetzung früherer Übereinkünfte

Dieser Artikel regelt die Ersetzung früherer Übereinkommen durch das IPPC. Die Bestimmung ist identisch mit der Regelung des bisherigen Artikels X.

Zu Artikel XV

Räumlicher Geltungsbereich

Dieser Artikel enthält im Wesentlichen den Inhalt des bisherigen Artikels XI. Er war dahingehend anzupassen, dass auch Mitgliedsorganisationen, wie z. B. die Europäische Union, erfasst sind. Der Begriff „Staat“ wurde daher jeweils durch den Begriff „Vertragspartei“ ersetzt.

Zu Artikel XVI

Ergänzungsübereinkommen

Die Vorschriften hinsichtlich ergänzender Übereinkommen befanden sich bisher in Artikel III. Das Verfahren über den Abschluss und das Inkrafttreten solcher Übereinkommen wurde vereinfacht. Nunmehr sind die Vertragsparteien nach Absatz 1 selbst zum Abschluss berechtigt und das Inkrafttreten erfolgt gemäß Absatz 2 nach Maßgabe der betreffenden Ergänzungsübereinkommen; bisher war ausschließlich die FAO für die Ausarbeitung und den Abschluss zuständig und das Inkrafttreten richtete sich nach ihrer Satzung und Geschäftsordnung. Des Weiteren wurden in Absatz 3 der neuen Fassung die Funktionen und Intentionen der Ergänzungsübereinkommen fixiert.

Zu Artikel XVII

Ratifikation und Beitritt

Dieser Artikel enthält die bisher in Artikel XII getroffenen Regelungen über Ratifikation und Beitritt zum Übereinkommen. Der neue Absatz 3 erweitert die Bestimmung um Beitrittsmöglichkeiten von Mitgliedsorganisationen der FAO.

Zu Artikel XVIII

Nichtvertragsparteien

Dieser neu aufgenommene Artikel verpflichtet die Vertragsparteien dazu, auch Nichtvertragsparteien zur Anwendung der internationalen Standards zu ermuntern.

Zu Artikel XIX

Sprachen

Dieser neu aufgenommene Artikel regelt die Sprachenfrage bei Dokumenten und sonstigen Informationen.

Zu Artikel XX

Technische Unterstützung

Diese neue Vorschrift bestimmt, dass die Förderung der technischen Unterstützung Angelegenheit der Vertragsparteien ist und entweder bilateral oder durch zuständige Organisationen gefördert werden soll.

Zu Artikel XXI

Änderung

Die Regelungen, die sich mit Änderungen und Änderungsvorschlägen zum Übereinkommen befassen, befanden sich bisher in Artikel XIII. Aufgrund der Einrichtung der Kommission wurde das Verfahren in diesen Bereichen dementsprechend angepasst und die Vorschrift übersichtlicher gegliedert.

Zu Artikel XXII

Inkrafttreten

In Satz 2 ist geregelt, dass von nun an auch Mitgliedsorganisationen der FAO dem Übereinkommen beitreten können.

Der übrige Wortlaut ist inhaltlich weitgehend gleich mit dem bisherigen Artikel XIV.

Zu Artikel XXIII

Kündigung

Die Modalitäten hinsichtlich einer Kündigung des IPPC durch eine Vertragspartei fanden sich bisher in Artikel XV und sind bis auf eine redaktionelle Änderung in Absatz 1 Satz 2 unverändert.

Zur Anlage

Muster eines Pflanzengesundheitszeugnisses

Muster eines pflanzensanitären Weiterversendungszeugnisses

Die bisherigen Muster sind inhaltlich nur geringfügig geändert worden. Sie enthalten nun jeweils zwei Optionen für eine amtliche Erklärung.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333